



Streife



Die Polizei kämpft um ihren guten Ruf

Beamte in NRW sind nach dem Mülheimer Skandal in Sorge um das Ansehen ihres Berufsstandes

SCHWERPUNKT
Rechtsextremismus
in der Polizei NRW

EDITORIAL



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Enthüllung einer rechten Chatgruppe durch eine polizeiliche Ermittlung in einem anderen Verfahren Mitte September 2020 hat mich als ausgebildete Polizeibeamtin getroffen.

Viele Kolleginnen und Kollegen berichten mir, wie verletzend der pauschale Vorwurf des Racial Profiling und des Rassismus für sie ist. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir jetzt alle genau hinschauen und den Finger in die Wunde legen.

Wir prüfen jeden Hinweis, der uns gemeldet wird, und gehen allem nach. Dabei wird der Einzelfall nun lückenlos aufgeklärt. Falls sich der erste Hinweis als falsch herausstellt, wird dies umgehend richtiggestellt. Bewahrheitet sich der Verdacht durch die Ermittlungen jedoch und rassistische oder fremdenfeindliche Auffassungen kommen zutage, gehen wir mit aller Härte und mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die uns neben dem Strafrecht auch das Dienstrecht bietet, vor.

In der nordrhein-westfälischen Polizei ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Gemeinsam müssen wir aufpassen, dass ein solches Gedankengut schon im Ansatz keine Chance hat. Die Redaktion der „Streife“ hat mit vielen Kolleginnen und Kollegen gesprochen und versucht, möglichst viele Aspekte in dieser Schwerpunktausgabe zu beleuchten.

Ihre
Daniela Lesmeister
Abteilungsleiterin Polizei

Streifzug

■ **DÜSSELDORF** Herbert Reul war als Innenminister von NRW zutiefst geschockt von den Mülheimer Vorgängen und hat dann schnell eine grundlegende Aufklärung und Aufarbeitung veranlasst.

4



■ **NRW** Max Bieringer (23) ist einer der Beamten, die mit uns über rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW sprachen. „Jeder von uns ist jetzt gefordert!“



12

■ **DÜSSELDORF** Uwe Reichel-Offermann (64) war vorher beim Verfassungsschutz und wird nun als Sonderbeauftragter ein Lagebild über die Rechtsextremismus-Situation bei der Polizei erarbeiten.

15



... und durch Landesoberbehörden und Kreispolizeibehörden

20 Video-Dialog: Mit rund 4.200 Führungskräften spricht Innenminister Herbert Reul über die Entwicklung nach Aufdeckung der Mülheimer Chatgruppen.

20 Ausbildung: Eine diskriminierende Einstellung von Polizisten wird nicht toleriert. Im Auswahlverfahren werden die Bewerber komplett durchleuchtet.

24 Studium: Die Herausforderungen von Rassismus und Rechtsextremismus sind seit Langem ein Schwerpunkt im Studium für den Polizeivollzugsdienst.

26 Technik und Innovation: Die Schiffe der Wasserschutzpolizei haben ein neues Design verpasst bekommen.

26 Kultur: Das Düsseldorfer Theaterkollektiv Pierre.vers führte sein Publikum am Originalschauplatz auf dem Jürgensplatz zurück ins Frühjahr 1945.

28 Namen und Nachrichten: Minister Reul spendet den Brost-Ruhr Preis in Höhe von 20.000 Euro der Polizeistiftung.

28 Historie: Keine andere NS-Gedenkstätte in Nordrhein-Westfalen wird von so vielen Polizeigruppen besucht wie die Villa ten Hompel in Münster. Hier war von 1940 bis 1944 das Hauptquartier der Ordnungspolizei im NS-Staat.

36 Bürgerdialog: Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit der Polizei in

durch NRW ...

■ **MÜNSTER** Karin Herbers, Psychologin aus Münster, sieht den täglichen Job von Polizeibeamten als „emotionale Schwerarbeit“.



18

■ **DORTMUND** Stefan Lemberg geht mit Entschlossenheit gegen extremistische Tendenzen vor. Der Extremismusbeauftragte der Dortmunder Polizei sagt: „Diskriminierendes Verhalten wird unter keinen Umständen toleriert.“

22



■ **NRW** Ebru Arslanboga ist eine junge Polizistin in Ausbildung, die während einer bemerkenswerten Rede bei der Vereidigung an ihre Kollegen appellierte, stolz auf sich und ihren Beruf zu sein.



32

34



■ **ISERLOHN** Hugo Flunkert, seine Tochter Monika Kasper und Enkelin Neele sind eine Vorzeigefamilie in der NRW-Polizei. Für die drei Generationen der Sauerländer gibt es einfach nichts anderes, als im Job die Uniform überzustreifen.

Deutschland. Mit dabei Patricia Scicolone aus Duisburg und Peter Both aus Bochum.

38 Einer von uns: Dominik Thiele aus Bonn macht ein Jahrespraktikum bei der Polizeibehörde Rhein-Sieg. Der Schüler, der das Down-Syndrom hat, kümmert sich um die Pflege von Kraftwagen.

40 Leidenschaften: Polizeihauptkommissar Dirk Sauerborn aus Düsseldorf begibt sich mit großem Engagement auf die Spurensuche in der Polizeigeschichte und spart dabei die dunklen Seiten in der Historie nicht aus.

42 Aus unseren Reihen: Wechsel im Amt des Landeskriminaldirektors: Dieter Schürmann geht, Johannes Hermanns kommt. Rückkehr in die Heimatstadt Münster heißt es für den bisherigen Leiter der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft – Falk Schnabel wird neuer Polizeipräsident.

43 Zu guter Letzt: Polizeiseelsorger Manfred Kappertz über die Reaktionen, die er von Beamten nach den Mülheim-Chats erhalten hat, und was man daraus lernen kann.

Impressum

Herausgeber:
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen,
Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich:
Martin Beils (V.i.S.d.P.)

Redaktion:
Iris Wüster, Samira Jawaid

Agentur:
steinkuehler-com, Düsseldorf

Druck:
JVA druck+medien

NRW

**WIE SEHEN POLIZEIBEAMTE IHREN BERUF
NACH DEN MÜLHEIM-CHATS?**

„DIE EIGENE HALTUNG REFLEKTIEREN!“

Polizisten, die den Hitlergruß zeigen, Beamte, die unter einem Hakenkreuz kegeln, und Hunderte abscheuliche Bilder und Nachrichten: Seit vier Monaten erschüttert ein Skandal die Polizei Nordrhein-West-

falen und immer noch kommen neue, ungeheuerliche Details ans Licht. Wie konnte es dazu kommen? Warum hat jahrelang keiner etwas gesagt? Die Sorge ist groß, dass die Polizei ihren guten Ruf verliert.



NS-Gedenkstätte Steinwache Dortmund: Julian Nafe, Alican Kahraman, Max Bieringer und Markus Ballentin sprechen über ihren Polizeialltag vor und nach den Mülheim-Chats.

Der 16. September war ein Mittwoch. Polizeikommissar Alican Kahraman (28) erinnert sich. Er war auf Streife im Brennpunkt Duisburg-Hochfeld, als im Radio die Nachricht von den Hetz-Chats aus der Mülheimer Polizei kam.

Sein erster Gedanke war:

Die Leute gehören nicht zu uns. Erst dann träufelte es in sein Bewusstsein: Mülheim. Dort ist er aufgewachsen. Das ist auch jetzt nur 13 Kilometer entfernt. In der Mittagspause hat er mit Kollegen vor dem Präsidium gestanden. Alle haben in ihre Handys gestarrt, die aktuellen Nachrichten gecheckt. Die Stimmung kann er gar nicht beschreiben, so tief unten war sie. „Man schämt sich, auch wenn man die gar nicht kennt“, sagt Kahraman.

Entsetzen. Unverständnis. Wut. An jenem Tag im September sind alle 56.000 Polizeibeschäftigten in Nordrhein-Westfalen als Verdächtige abgestempelt worden, auch Polizeikommissar Alican Kahraman, der kurdische Wurzeln hat und vor 20 Jahren als Flüchtlingskind aus Ostanatolien nach Deutschland kam. Er sagt: „Rassismus ist bei uns kein Thema. Trotzdem klebt jetzt auch an uns der braune Dreck.“ Er ist wütend über die Kollegen: „Sie

haben Vertrauen zerstört und alles verraten, wofür wir Tag und Nacht arbeiten.“

Die rechten Chats aus Mülheim kamen nur deshalb ans Licht, weil ein Beamter Dienstgeheimnisse an eine Journalistin weitergegeben haben soll. Die Staatsanwaltschaft kassierte das Smartphone des 32-Jährigen ein und entdeckte Hunderte Bilder: Hakenkreuze, gelegt aus Dienstmunition, wehende



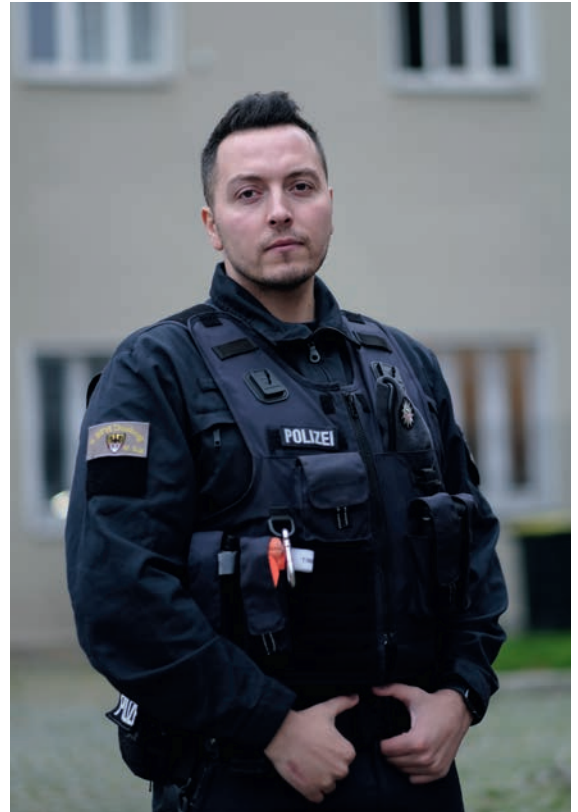
Die vier Polizeibeamten beim Rundgang durch die Steinwache in Dortmund

Reichskriegsflaggen. Die hat er mit anderen Kollegen in der Dienststelle geteilt. Sie schickten zynische Grüße zurück. Ein Polizist teilte ein Gedicht: „Flüchtling, Flüchtling über alles. Über alles in der Welt. Komm zu uns im Fall des Falles. Friss dich satt für unser Geld.“ Ein anderer ließ sich in Nazi-Pose fotografieren: breitbeinig auf den Hinterreifen von zwei Streifenwagen stehend, den Arm zum Hitlergruß erhoben. Seine Chatfreunde fanden das cool: Smiley, Smiley, Smiley.

„Widerwärtige Hetze“, „Schande für die Polizei“. Am 16. September lud das Innenministerium spontan zu

angespannt die Lage war. Frühmorgens hatten Einsatzkräfte Wohnungen und Polizeidienststellen in Duisburg, Essen, Moers, Mülheim und Oberhausen durchsucht und 200 Smartphones, Tablets und Computer sichergestellt. Und die Ermittlungen laufen noch.

Was aber denken all die Polizisten über den Skandal, wie verändert er ihren Dienstalltag?



Alican Kahraman (28), seit 2016 Polizist der Einsatzhundertschaft Duisburg

»» Man schämt sich, auch wenn man die gar nicht kennt.

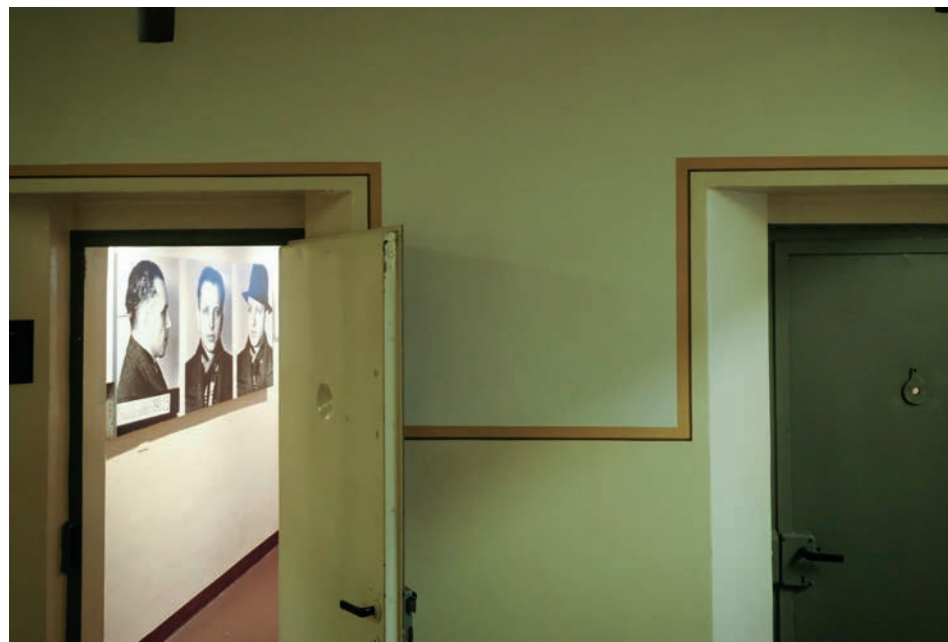
Alican Kahraman

einer Pressekonferenz ein. Als Herbert Reul um 11 Uhr vor die Medien trat, sah man in seinem Gesicht, wie

Zurück nach Duisburg, zu Kommissar Alican Kahraman. Die „Streifen“ trifft ihn per Videokonferenz, weil sie

ihn wegen steigender Corona-Zahlen nicht begleiten kann. Es ist Dezember. Die Razzien sind drei Monate her.

Wie wirken sich die Schlagzeilen auf seine Arbeit aus? Auf dem Bildschirm ist nur Kahramans ernstes Gesicht zu sehen. Er zeigt auf seine



Beeindruckende Ausstellung in der Steinwache: Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945

braunen Haare und seine braunen Augen und grinst: „Sogar ich werde ständig als Nazi-Schwein beschimpft.“

Er erzählt von einer Verkehrskontrolle im Duisburger Brennpunkt Marxloh, wo auch kriminelle Araber-Clans wohnen. Geldwäsche, Verstöße gegen das Waffengesetz, Raub und Urkundenfälschung gehören hier zum Alltag. Seit fünf Jahren fährt die Polizei hier eine „Null Toleranz“-Strategie.

Es war im Feierabendverkehr. Sie haben einen jungen Mann gestoppt, der mit dröhnenden Bässen und dem Handy am Ohr durch die City raste. Angeschnallt war er auch nicht. Freundliche Frage: „Kann ich bitte Ihre Fahrzeugpapiere sehen?“ Patzige Antwort: „Ihr kontrolliert mich doch nur, weil ich Türke bin und Ali heiße.“ Kahraman hat Maske und Mütze abgenommen und den Raser nun auch geduzt: „Und das sagst du einem anderen Ali, was?“

Den Respekt der Straße gewinnt nur, wer keine Schwäche zeigt. Der ertappte Ali hat gelacht. Und auch der Kommissar lacht, als er davon erzählt. Das ging gut aus. Doch das war auch harmlos im Vergleich zu den Shitstorms in den sozialen Medien, die über die Polizei einbrechen.

14 Tage nach den Vorfällen in Mülheim erreichte die Polizei in Essen eine Warnung: Clans planten einen Angriff auf Twitter. Tenor: Alle Razzien und Polizeikontrollen hätten einen rassistischen Hintergrund. Erklärtes Ziel der Aktion: Die Kriminellen wollten Aggressionen säen, sich als Opfer darstellen.

Kahraman liest die Kommentare im Netz inzwischen nicht mehr. „Zu viel Hetze, zu viel Hass.“ Macht ihn das wütend? Kahraman schüttelt den Kopf und sagt: „Nein, eher traurig. In den Diskussionen sind wir fast immer die Bösen. Keiner sieht mehr das Gute.“

Noch drei Wochen bis Silvester. Kahraman freut sich auf ein paar ruhige Tage mit seiner Frau. Sie haben sich in letzter Zeit nicht oft gesehen. Vor ein paar Tagen hat er wieder Überstunden geschoben, nach einer Verfolgungsfahrt mit dem Auto. Anschließend gab es eine Nachbesprechung mit Zugführer, Dienstgruppenleiter und dem Kollegen von der Strafverfolgung. Das ist immer so nach heftigen Einsätzen. Am Sonntag war er auch nicht da: Die Hundert-



Erinnerung an die Nazi-Zeit: Blick in eine Einzelzelle in der Steinwache



Julian Nafe (22), einer von 2.500 Kommissaranwärtern, die 2018 bei der Polizei in NRW gestartet sind

schaft musste eine Pegida-Kundgebung absichern, rechte Populisten schützen. Fällt ihm schwer, gehört aber zum Job in einer Demokratie. In der Woche davor waren sie im Dannenröder Forst in Hessen, haben Aktivisten aus dem Wald getragen. Einer Kollegin wurde ins Gesicht gespuckt. Kahraman sagt: „Das war echt abartig.“ Hinterher haben sie darüber gesprochen und ziemlich geflücht. Alican Kahraman weiß mittlerweile, wie er solche Einsätze einordnen kann. Für ihn ist klar: „Die meinen nicht mich persönlich, sondern die Uniform stellvertretend für den Staat.“ Das gelte auch für diejenigen, die ihn jetzt als Nazi beschimpfen.

Der 16. September, die Nachricht aus Mülheim. Julian Nafe (22) hatte frei. Gerade hatte sein Praktikum bei der Kriminalwache in Bonn begonnen: Schichtdienst. Daran muss man sich erst gewöhnen, wenn man frisch dabei ist. Er saß auf dem Sofa, als eine Pushmail aufploppte: „Rechte Chatgruppen bei Polizei in

Schranken, Überwachungskameras, graue Betonbauten. Die Judohalle ist für 13.30 Uhr geblockt. Auf dem Stundenplan stehen Eingriffstechniken.

Wie fixiert man einen Verdächtigen, der sich wehrt, ohne dass es so endet wie bei George Floyd?

Der Schwarze war von einem US-Polizisten in Minneapolis mit dem Knie auf dem Hals erstickt worden. Kommissaranwärter Julian Nafe wird gleich ein paar Kollegen zu Boden bringen. Jeder Griff muss sitzen. Morgen ist Prüfung. „Natürlich denkt man auch an Düsseldorf.“ Im August ging ein YouTube-Video viral, das einen Kommissar zeigt, der in der Düsseldorfer Altstadt auf dem Nacken eines Festgenommenen kniet. „Bild“ schrieb: „Die Szene erinnert an George Floyd († 46)“. Es war ganz anders. Trotzdem sind alle noch vorsichtiger geworden.

NRW aufgedeckt.“ Er starrte aufs Display und dachte: „Mit solchen Leuten will ich nie Streife fahren.“ Zu der Zeit hatte 50 Kilometer weit entfernt, in Wuppertal, Max Bieringer (23) einen freien Tag. Er hat die Pressekonferenz gestreamt und die ganze Zeit gedacht: „Das kann doch nicht wahr sein.“

Ortswechsel. Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in Brühl. Hohe Zäune,

Seit dem Fall Floyd und der Anti-Rassismus-Bewegung in den USA wird auch hierzulande fortlaufend das Verhalten der Polizei kritisiert. Ob Polizeigewalt auch in Deutschland denkbar sei? Nafe ist überzeugt: „Der Vergleich zu den USA hinkt. Unser Polizeistudium in Deutschland ist deutlich umfangreicher und qualitativ nicht mit einer teils nur einige Wochen dauernden Ausbildung in den USA vergleichbar. Dennoch: Polizeiliches Handeln sollte stets reflektiert werden. Auch wir sind nicht frei von Fehlern.“

Er hat sogar eine virtuelle Podiumsdiskussion organisiert, in der Studenten mit Politikern, Dozenten und erfahrenen Kollegen über Rassismus bei der Polizei diskutiert haben. Auch im Unterricht an der Hochschule ist der Umgang mit Fremdenfeindlichkeit immer ein Thema gewesen, beispielsweise im Fach „Interkulturelle Kompetenzen“. Ein dunkelhäutiger Dozent hatte über unbewusste Vorurteile referiert und erzählt, dass er aufgrund seiner

» Mit solchen Leuten will ich nie Streife fahren.

Julian Nafe

Hautfarbe in der Kölner Innenstadt immer auf Englisch angesprochen wird.

Zur Situation in Nordrhein-Westfalen äußert Nafe: „Der Polizei strukturellen Rassismus zu unterstellen, halte ich für fatal. Ich bin allerdings schon der Meinung, dass die Organisation und der notwendige Zusammenhalt innerhalb der Polizei das Bekanntwerden von Fehlverhalten erschweren. Ich finde es wichtig, zu ergründen, wie eine solche Gesinnung im



Max Bieringer (23), seit einem Jahr im Streifendienst in Wuppertal

Polizeidienst überhaupt erst entstehen kann. Lediglich die ‚schwarzen Schafe‘ auszusortieren, wird nicht genügen.“

Forscher der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) stellten 2017 in einer Studie fest, dass angehende Neulinge extrem

Gefahr, dass sich Klischees entwickeln.

Vor einigen Tagen kam wieder eine Pushmail. Eine Polizisten-Clique hat sich zum Kegeln unterm Hakenkreuz getroffen. Die Ermittler haben auch wieder jede Menge rechtsradikale Hetz-Posts entdeckt. Julian

Nafe sagt: „Ich bin überzeugt, dass es was mit einem macht, wenn man tagein, tagaus mit den gleichen Bildern konfrontiert wird. Aber das ist überhaupt keine Entschuldigung für solch abscheuliche Taten.“

ins Berufsleben gewechselt. Wie hat er den Praxisschock erlebt?

Er versteht nicht: „Schock? – Wir haben doch schon während des Bachelorstudiums viele Praxisphasen.“ In Wuppertal gibt es regelmäßig interne Fortbildungen, um Neuerungen vorzustellen oder verschüttetes Wissen aufzufrischen. Nach den Vorfällen in Mülheim war zum Beispiel der Extremismusbeauftragte da und hat erklärt, was Rechtsextremismus bedeutet und an wen man sich wenden kann, wenn man erfährt, dass Kollegen Hakenkreuze und Hitlerbilder verschicken.

Bieringer hat es sich alles angehört und war angeekelt: „Für mich klang das unwirklich, erschreckend. All diese Leute haben doch geschworen, draußen Recht und Gesetz zu vertreten. Ich kann das gar nicht nachvollziehen.“

Bieringer und Nafe kennen sich nicht, doch beide glauben nicht, dass sie die Straße zum Schlechten verändern könnten. Beide sagen unabhängig voneinander: „Wir müssen helfen, die Karre aus dem Dreck zu ziehen.“

Der 16. September: Durchsuchungen. Klar bekommt man es sofort

»» Jeder von uns ist jetzt gefordert!

Max Bieringer

weltoffen in den Beruf starten – kaum Vorurteile, kaum Rassismus. Doch dann kämen der Praxisschock und harte Erfahrungen auf der Straße. Und mit den Jahren wachse die

Polizeipräsidium Wuppertal, Friedrich-Engels-Allee: Max Bieringer (23) ist vor einem Jahr vom Studium



Polizeibeamte in Mülheim teilten in mehreren Chatgruppen rechtsextremistische Inhalte.

mit, wenn es Razzien in einer Polizeiwache gibt – entweder per Pushmail, spätestens über den Flurfunk. Einsatzleiter Markus Ballentin (46) hat im Reflex sein Handy aus der Tasche gezogen und die Meldungen bei WhatsApp gecheckt. Ein brauner Sumpf unter Kollegen, übel! Am nächsten Tag hat er sein Team zusammengetrommelt – 16 Frauen und Männer. „Über so was muss man reden.“

Einsatzort: Kölner Ebertplatz – Hotspot für Drogenhandel und andere schmutzige Geschäfte. Wir treffen Ballentin, dessen Team die Innenstadt sicherer machen soll, in der Polizeiwache an der Stolkasse, Innenstadt. Der Ebertplatz mit dem Brunnen in der Mitte und den vielen Drogenverstecken ist von hier Luftlinie 300 Meter entfernt. Es ist 16 Uhr. Der Polizeihauptkommissar hat eigentlich schon Feierabend. Im Revier der afrikanischen Drogendealer patrouilliert jetzt der Spätdienst, durchforstet Mülleimer nach Marihuana, sucht Stoff hinter aufklappbaren Plakatwänden. Die einschlägigen Verstecke sind bekannt. Sie sind immer zu viert unterwegs, damit zwei kontrollieren und zwei sichern können. Das hat sich bewährt, denn in der Szene brodelte es.

„Erst George Floyd, dann Mülheim“, sagt Ballentin besorgt. In zwei Tagen ist der 2. Advent. In Mülheim ist ein Polizeivollzugsbeamter vom Dienst suspendiert. Er soll einen Zuwanderer gefesselt und geschlagen haben. „Die Straße wird antworten“, ist Ballentin sicher – auch bei ihnen, hier in Köln. „Hey, guckt mal, die Nazischweine packen wieder grundlos einen Schwarzen an“, haben sie schon im Sommer dauernd gehört.

Ballentin kann nicht sagen, wie viele Beleidigungsanzeigen sie geschrieben haben, auf jeden Fall viele. Er sagt: „Es kostet unglaublich Nerven und Selbstbeherrschung, wenn vor



Markus Ballentin (46), Leiter Einsatztrupp Präsenz in Kölner Brennpunkten

dir ein gefährlicher Krimineller steht und von hinten gepöbelt und gedrängt wird.“ Manchmal hat er schon nach einer Stunde ein Zeichen gegeben: Verschnaufpause. Abzug.

redet er sich nach dem Dienst auch mit Kollegen zum Joggen am Rhein. „Kopf und Geist freihalten“, nennt er das. Und damit das Team nicht nur schwarze Dealer sieht, gibt es eine Kooperation mit den Kölner Ver-

» Wer so spezialisiert ist wie wir, sollte sich alle drei bis fünf Jahre verändern.

Markus Ballentin

Schusssichere Weste, am Gürtel hängen eine Waffe, Handfesseln, Pfefferspray. Seit Kurzem hat Ballentins Team auch Körperkameras – Bodycams –, damit sie im Notfall filmen können, wenn sie attackiert werden. Und damit es nachher nicht heißt, sie wären auf Ausländerjagd gegangen und hätten grundlos Schwarze hochgenommen.

Wie verhindert man, dass sich all die negativen Erfahrungen im Gehirn festsetzen und man einen „bösen Blick“ bekommt? So nennen es Psychologen, wenn Menschen andere Menschen nur anblicken und sofort abqualifizieren.

„Es ist wichtig, dass man seinem Groll und seiner Wut Luft machen kann“, sagt Ballentin. Im nächsten Jahr will er einen externen Coach einladen, der mit ihnen eine Supervision macht, vielleicht ein gemeinsames Leitbild entwickelt. Oft verab-

kehrsbetrieben. Für die kontrollieren sie manchmal Fahrgäste ohne gültigen Fahrschein.

Im September haben sich trotzdem acht Kollegen wegbeworben. Ballentin hat das unterstützt: „Wer so spezialisiert ist wie wir, sollte sich alle drei bis fünf Jahre verändern, damit man nicht in gewisse Bahnen kommt, die dann irgendwann ungünstig sind.“

Denn wer den ganzen Tag nur schwarze Drogendealer kontrolliert, muss aufpassen, dass er eines Tages nicht alle Schwarzen für Drogendealer hält. Das ist die Krux der Spezialisierung: Sie führt dazu, dass man schneller rastern kann. Sie führt aber auch zu Vorurteilen. Und dann hilft manchmal nur der neue, fremde Blick durch einen Wechsel.

SILVIA DAHLKAMP

DÜSSELDORF

„AUF EINANDER AUFPASSEN!“

Für Innenminister Herbert Reul war die Enttarnung der Mülheimer Chatgruppe ein Schock. Bei seinem Amtsantritt vor dreieinhalb Jahren habe er sich eine solche Dimension von rechtsextremistischen Tendenzen in der nordrhein-westfälischen Polizei nicht vorstellen können. Wie der oberste Dienstherr von 56.000 Beschäftigten der Polizei das Problem bekämpfen will, erklärt er im Interview mit der „Streife“.



Foto: Ralph Sondermann

War überrascht von der Dimension der enttarnen rechtsextremistischen Mülheimer Chatgruppe: NRW-Innenminister Herbert Reul.

Herr Minister, die Entdeckung der Mülheimer Chatgruppen hat Sie tief getroffen. Lag eine solche Massivität rechtsextremistischer Gesinnung innerhalb einer Einheit der Polizei NRW außerhalb des Vorstellbaren?

Ich war total überrascht von der Dimension. Diese Größenordnung lag nicht im Geringsten in dem, was ich

mir habe vorstellen können. Wir sind ja wachsam und haben seit vielen Jahren in allen 47 Kreispolizeibehörden Extremismusbeauftragte eingesetzt, die mit großem Engagement und großer Wachsamkeit ihre Aufgabe wahrnehmen. Dass uns bei dieser großen Sensibilität für staatsfeindliches Gedankengut innerhalb der Polizei eine solch starke Gruppe lange Zeit nicht aufgefallen ist, er-

schreckt mich doch sehr. Ich bin allerdings davon überzeugt, und das zeigen auch die zwischenzeitlichen Ermittlungen, dass nicht alle, die da als Teilnehmer an den Chatgruppen erwischt worden sind, Rechtsradikale sind. Man muss fair bleiben und genau ermitteln. Es gab Leute, die die entsprechenden Bilder nach eigener Darstellung gar nicht bewusst wahrgenommen haben. Andere ha-

ben das üble Treiben geduldet. Ein kleiner Teil hat es aber sehr aktiv betrieben. Das sind sehr verschiedene Kategorien. Man muss differenzieren.

Was erschreckt Sie besonders an dem, was in Mülheim aufgefliegen ist?

Neben der hohen Anzahl von 31 beteiligten Beamten ist das die enorme Datenmenge. Auf dem Laptop eines einzelnen der beschuldigten Polizeibeamten haben wir mehr als 700.000 Bilder gefunden, 22.000 Videos, 400.000 WhatsApp-Nachrichten und 7.500 Audionachrichten. Auf dem Handy eines anderen haben wir 150 strafrechtlich relevante Inhalte entdeckt. Ganz perfide finde ich den Beamten, der sich in Polizeiuniform auf den Hinterrufen von zwei Streifenwagen stehend mit Hitlergruß fotografieren ließ, er hatte auf seinem Handy mehr als 300 inkriminierte Inhalte gespeichert – Texte, Bilder, Videos.

Abgesehen von der Fassungslosigkeit, die Sie angesichts dieser Erkenntnisse befallen hat, müssen Sie ja auch sofort reagieren. Was haben Sie getan?

Natürlich gilt auch in allen diesen Fällen die Unschuldsvermutung. Trotzdem musste ich sofort Konsequenzen ziehen. Die Einleitung von Disziplinarverfahren stand an erster Stelle. Ich konnte nicht verantworten, dass nur einer von ihnen weiter in Uniform und mit Dienstwaffe seinen Dienst versieht. Allein der Verdacht, rassistische oder fremdenfeindliche Auffassungen zu vertreten und zu verbreiten, ist ja schon Gift und untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei als Ganzes. Solche Vorwürfe setzen die Axt an die Grundpfeiler unseres demokratisch verfassten Rechtsstaats.

Und wie gehen Sie mit denen um, deren Suspendierungen wieder aufgehoben wurden?

Es waren auch einige dabei, die „nur“ Hitler-Parodien und -Verballhornungen auf dem Handy hatten, das sind keine straf- oder disziplinarrechtlich relevanten Bilder. Bei anderen war es so, dass Verjährungsfristen gegriffen haben. Mir ist klar, dass eine Suspendierung auch im privaten Umfeld der Polizisten einen Spießrutenlauf auslösen kann. Um diese Beamten müssen wir uns kümmern. Es gab wohl auch Situationen, da wurden Einzelne zu Unrecht

» Allein der Verdacht, rassistische oder fremdenfeindliche Auffassungen zu vertreten und zu verbreiten, ist ja schon Gift.

Herbert Reul

stigmatisiert – das ist hart. Ausdrücklich entschuldige ich mich bei den Betroffenen.

Sie haben die 56.000 Beschäftigten der Polizei im Land direkt angeschrieben und sind vielen in Videokonferenzen begegnet. Wie ist die Reaktion?

Es rührt mich an, dass ich so viele Reaktionen bekommen habe, dass mich so viele Beamte so mutig angeschrieben und mir ihre Beobachtungen und Sorgen geschildert haben. Aus diesen Mails und Briefen sprechen eine große Sensibilität und eine hohe Aufmerksamkeit, mit denen die Polizisten unterwegs sind. Vor allem beeindruckt mich die Botschaft: „Wir halten zusammen, wir schaffen das gemeinsam.“ Sie geben aber auch Hinweise – ohne dabei zu petzen.

Mülheim war nicht alles?

Leider nein. Wir haben von überall aus dem Land Hinweise bekommen. Diesen Hinweisen auf rechtsextremistische Tendenzen und Verfehlungen Einzelner gehen wir natürlich nach. Hinter jedem dieser Hinweise kann sich ein weiterer Fall verbergen. Inzwischen sind uns mehr als

200 Hinweise in der Polizei NRW zugegangen. Mehr als 100 Beamte ermitteln in Bochum.

Wie geht es weiter?

Abgesehen von den aktuellen fallbezogenen Ermittlungen möchte ich wissen, was wirklich in der Polizei NRW los ist, wie schwerwiegend und verbreitet Rechtsextremismus in unseren Reihen ist. Deshalb habe ich nicht nur den Sonderbeauftrag-

ten Uwe Reichel-Offermann ernannt, der mit einem Expertenteam bis zum September ein Lagebild erstellen soll und der sich dabei die Polizei NRW genau von innen anschaut, Rat von außen einholt und uns sagen soll, wo wir präventiv noch mehr tun können. Ich habe auch die rund 4.200 Führungskräfte in den 47 Kreispolizeibehörden und den Landesoberbehörden getroffen – Corona-bedingt leider nur per Video-Dialog. Die Gespräche haben gezeigt, wie wichtig es ist, alle Kräfte und alle Behörden im Land mitzunehmen.

Wie waren die Reaktionen?

Die Fakten aus Essen und Mülheim, die rechtsextremen Bilder und Filme der Chatgruppe, die ich bei den Gesprächen präsentiere, lösen eine viel stärkere Wirkung aus als eine Ansprache mit ganz viel Theorie. Die Dienstgruppenleiter sehen, wie ernst es ist, sie begreifen die Dimension. Manche Beamte sagen, sie seien in das Gespräch mit dem Gefühl gegangen, dass wir übertreiben, den Stab über die Polizei brechen. Nach den Runden sagen sie: Wenn ich diese Fotos gekannt hätte, hätte ich gleich verstanden, warum sich der Minister so aufregt.

Foto: Ralph Sonderrmann



Appelliert an die Polizeibeamten im Land, aufeinander aufzupassen: Minister Reul.

Was ist Ihr Ziel?

Wir müssen das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Ich brauche alle Führungskräfte bei dem Projekt. Und ich habe den Eindruck, da wackelt keiner, da machen alle mit. Es gibt überall viele Aktionen in den Behörden, die soll es weiter geben. Aber wir brauchen ein gesamtheitliches Konzept, um auch Frustrationen in einzelnen Bereichen des Alltags zu bekämpfen. Ich kann gut

täglichen Einsatz besondere Herausforderungen meistern müssen, besser unterstützen. Wer immer wieder von bestimmten Gruppen attackiert und beleidigt wird, ist vielleicht anfälliger für rechte Parolen als die Kollegen, die nicht ständig Anfeindungen ausgesetzt sind. Daher wollen wir in diesem Jahr verstärkt mit Supervisionen arbeiten, die von externen Experten betreut werden sollen. Zunächst wollen wir einen Modellversuch starten, um zu

» Ich kann gut verstehen, wenn man ständig mit den Problemfällen unserer Gesellschaft konfrontiert wird, dass es da Hilfen bedarf.

Herbert Reul

verstehen, wenn man im Berufsalltag ständig mit den Problemfällen unserer Gesellschaft konfrontiert wird, dass es da Hilfen bedarf. Das wollen wir nun angehen. Wir brauchen eine Helfertruppe, eine Meldertruppe, eine Kümmernertruppe.

Gibt es schon konkrete Maßnahmen?

Zunächst mal bringt es schon was, jeden Fall konsequent zu verfolgen und offensiv mit dem Thema umzugehen. Wir wollen Polizisten, die im

sehen, welche Wirkung das neue Instrument entfalten kann.

Und es bedarf besonderer Aufmerksamkeit bei der Auswahl von Bewerbern und bei der Aus- und Weiterbildung, oder?

Unbedingt! Das ist einer unserer wichtigsten Ansätze. Die Weiterbildung speziell in Richtung Extremismus ist ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil unserer Schulungen. Die Villa ten Hompel in Münster wird wie keine andere

Gedenkstätte der NS-Zeit von Polizeigruppen besucht, die Ausstellung „Kraftraum“ wandert durch alle Polizeibehörden des Landes. Und ja, bei der Auswahl und Ausbildung unseres Nachwuchses müssen wir vielleicht noch tiefer als bisher bohren und die Person in unseren Befragungen und Tests durchleuchten, damit keine Menschen mit feindlicher

Gesinnung verdeckt in unsere Polizei gelangen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, wenn wir wie jetzt fast 8.500 junge Leute für den Dienst ausbilden.

Was geben Sie dem Nachwuchs und ihrer Polizei für die Zukunft mit auf den Weg?

Sie hätten einen anderen Beruf ergreifen können. Aber Sie haben sich für den Beruf des Polizeibeamten entschieden. Dazu gehört der Grundsatz und der abgeleistete Eid auf die Verfassung unseres Landes, wo es heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Gibt es auch eine Botschaft nach innen?

Ich möchte alle Polizisten dazu bringen, aufeinander aufzupassen. Denn polizeiliches Handeln heißt nicht nur, die Einhaltung von Regeln durchzusetzen, sondern diese auch konsequent einzuhalten. Es geht um mehr als die aktuellen rechtsextremen Fälle, es geht um Widerstandsfähigkeit, um eine grundsätzliche Haltung. Und es geht auch um den Umgang mit Fehlern. Wir brauchen eine bessere Fehlerkultur in der Polizei.

KARL-HEINZ STEINKÜHLER

NRW

ANSTOSS ZUM PROZESS DER SELBSTREFLEXION

Als Mann des Verfassungsschutzes hat es Uwe Reichel-Offermann zuletzt nicht unbedingt in das Licht der Öffentlichkeit gedrängt. Vielleicht passt es ihm gerade deshalb, sich im Halbdunkel der Rotunde des Düsseldorfer Innenministeriums mit den Journalisten zu treffen. Nun wird der Sonderbeauftragte für rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW vom Minister vorgestellt. Danach zieht er sich wieder zurück mit seinem Team, um sich seinen neuen Herausforderungen zu stellen.



Fotos: Tim Wegener

Soll ein Lagebild über rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW erstellen: Ex-Verfassungsschützer und neuer Sonderbeauftragter Uwe Reichel-Offermann.

Das kommt dem 64 Jahre alten erfahrenen Verfassungsschützer auf seiner voraussichtlich letzten Station in einem abwechslungsreichen Berufsleben wohl ganz gelegen. Denn die Aufgabe ist sicherlich eine der schwersten und brisantesten, die er bisher zu erledigen hat-

te. Innenminister Herbert Reul hat den Diplom-Politologen mit Bedacht ausgewählt. Die bisherige Karriere des gebürtigen Niedersachsen begann zunächst in Hamburg und wurde seit 1989 in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt. Seine Laufbahn ist gekennzeichnet von extrem guter Sacharbeit. Zweimal

führte ihn der Weg zum Verfassungsschutz, zuletzt als stellvertretender Leiter, zwischenzeitlich war er drei Jahre lang Vize der Polizeiabteilung.

Nun also Rechtsextremismus in der Polizei vorbeugen. Was für eine heikle Aufgabe. Nach dem

Aufspüren der Mülheimer Chatgruppe fegte zunächst quasi ein Sturm der Entrüstung durch die Wachen

Vorbeugung rechtsextremistischer Tendenzen bei der Polizei NRW“ vorzulegen.

sein Team beginnen mit den Zuschriften und Ideen aus der Polizei, denn es gibt gleich zu Beginn der ministeriellen Offensive ein nicht erwartetes Feedback. Die Antworten auf den Ministerbrief an alle 56.000 Beschäftigten der Polizei NRW sind beeindruckend. Die ganz große Mehrheit der Polizeibeamten im Land ist erschrocken über die Umtriebe in ihren Reihen und will mithelfen bei der Aufklärung und

» Wir sind präventiv unterwegs und orientieren uns nach vorn.

Uwe Reichel-Offermann

des Landes. Bis immer mehr und immer öfter an zu vielen Stellen neuer Wirbel entstand um Kollegen, die es mit ihrem Amtseid und ihrer rechtsstaatlichen Aufgabe nicht so ernst nahmen. Mehr als 200 Fälle sind bisher aktenkundig. Und es lässt sich nicht erkennen, dass dies schon alles ist. Der Einsatz von Uwe Reichel-Offermann und seinem Team ist mehr als gerechtfertigt. Reul unterstreicht die Wichtigkeit und betont: „Die neue Stabsstelle Rechtsextremismus ist größer als die der Kinderpornografie.“

„Ich bin aber kein Sonderermittler“, sagt der Mann auf dem neuen Posten, der sich zuletzt beim Verfassungsschutz intensiv mit Rechtsextremismus beschäftigt hatte. Er hat die Absicht, „in einem Jahr einen guten Bericht“ vorzulegen. „Wir sind präventiv unterwegs und orientieren uns nach vorn.“ Dafür muss freilich zunächst einmal erforscht, erkundet und erfahren werden, was denn eigentlich tatsächlich los ist auf den Wachen, in den Streifenwagen und in den Amtsstuben zwischen Weser und Rhein.

Was wird also gemacht in der neu zusammengesetzten Stabsstelle mit fünf kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus verschiedenen Bereichen der Polizei? Seit November 2020 arbeitet das Team nun am Lagebild und hat das Ziel, zum Abschluss ein „Konzept zur Früherkennung, Entgegung und

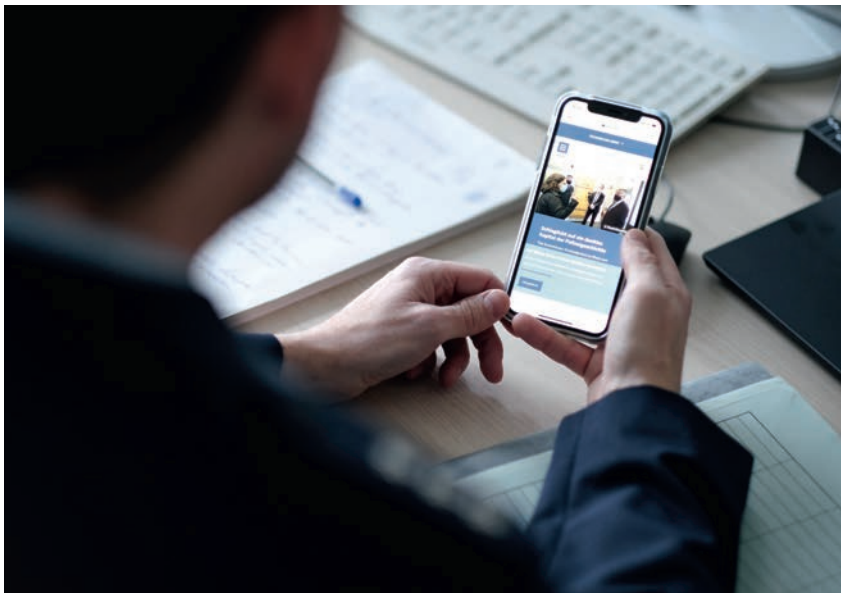
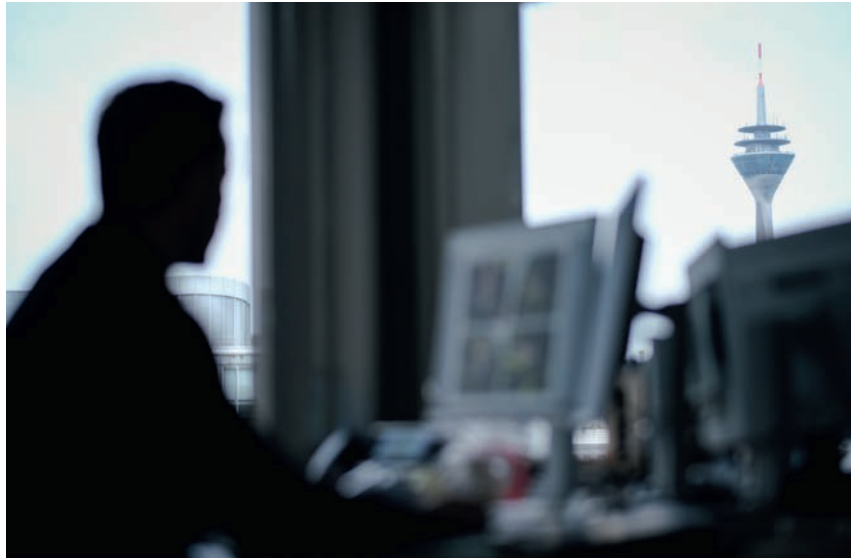
Und wo beginnt man bei solch einer Aufgabe? Reichel-Offermann und



Obere Reihe von links nach rechts: Sarah Stein, Carsten Pokar, Dr. Carsten Dübbers

Untere Reihe von links nach rechts: Dr. Elena Isabel Zum-Bruch, Uwe Reichel-Offermann, Diana Spalek

Der Sonderbeauftragte und seine Mitarbeiter werten die Daten zu allen rechtsextremistischen Verdachtsfällen seit 2017 aus, um das Lagebild zu erstellen.



Vorbeugung (siehe auch Topstory ab Seite 4). Außerdem tragen die Ergebnisse der Videokonferenzen mit rund 4.200 Führungskräften, die der Minister gemeinsam mit Reichel-Offermann und der Leitung der Polizeiabteilung mit den 47 Kreispolizeibehörden führt, dazu bei, ein erstes objektives Bild der Lage zu skizzieren. Minister Reul ermutigen die Reaktionen aus dem Inneren der Polizei, er hofft, einen Prozess der Selbstreflexion anzustoßen.

Dafür ist es allerdings notwendig, alle mitzunehmen. Reichel-Offermanns Team will sich im Wege teilnehmender Beobachtungen zwölf Behörden exemplarisch näher ansehen. Gestartet wurde in Düsseldorf.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen sollen außerdem von externer Kompetenz, wie durch Interviews mit NGOs (z. B. Amnesty International) und Vertretern der Wissenschaft, angereichert werden. Gewerkschaften, die Extremismusbeauftragten, der Polizeiseelsorge, Personalvertretungen und Mitglieder der verschiedenen Führungsebenen sowie LAFP, HSPV und DHPol werden eingebunden. Reichel-Offermann will überall reinhören. „Wir reden nicht über euch, sondern mit euch“, sagt er den Beamten. Das ist die zentrale Botschaft an die Dienstgruppen und Kommissariate.

Für Reichel-Offermann ist Vertraulichkeit zentral. In den internen Be-

richten werden alle Beobachtungen und alle Rückmeldungen so abgewandelt, dass keine Rückschlüsse auf die Gesprächspartner auf den Wachen möglich sind.

Ein wichtiger Ansatz, um schon präventiv rechtes Gedankengut innerhalb der Polizei zu unterbinden, liegt für Reichel-Offermann in der Überprüfung der Bewerber im Auswahlverfahren und in der anschließenden Ausbildung. In der dreijährigen Ausbildung kommt den Beteiligten eine gehörige Verantwortung zu. Hier seien am ehesten Indikatoren für rechtsextremistische Tendenzen bei jungen Kolleginnen und Kollegen zu erkennen. Er betont die Verantwortung, die insbesondere den Tutoren in der Praxisausbildung zukommt.

Das Schlusswort hat Minister Reul. Er wirbt dafür, dass auch andere Länder mitmachen bei der Aufarbeitung mutmaßlicher rechtsextremistischer Tendenzen in der Polizei. Vor allem, nachdem außerhalb der Grenzen von Nordrhein-Westfalen immer öfter ähnliche Vorkommnisse wie in Mülheim sichtbar werden.

Das Ergebnis kennt man im September. Dann will Uwe Reichel-Offermann seinen Abschlussbericht zum Rechtsextremismus in der Polizei NRW vorlegen.

KARL-HEINZ STEINKÜHLER

NRW

„EMOTIONALE SCHWERSTARBEIT“

Sie arbeiten dafür, dass Polizeibeschäftigte in NRW die mentalen Herausforderungen des Polizeialltags bewältigen können: Thomas Kubera, stellvertretender Leiter des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten in Münster und zuständiger Abteilungsleiter, Karin Herbers, Psychologin der Zentralstelle Psychosoziale Unterstützung (ZPSU) Münster, und Stefan Heimbuch, Leiter des Zentrums für ethische Bildung und Seelsorge in der Polizei NRW (ZeBuS) in Selm-Bork. Die „Streife“ hat sie gefragt, wie Vorfällen wie in Mülheim künftig entgegengewirkt werden kann.

Im Einstellungsjahrgang 2020 sind 2.660 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter und 500 Regierungsbeschäftigte in den Polizeidienst eingestellt worden. Wie kann man verhindern, dass einige ein rechtsradikales Weltbild mit in die Polizei bringen?

Thomas Kubera: Wir dulden weder Fremdenfeindlichkeit noch Rassismus oder Antisemitismus. Wer sexistische Sprüche reißt oder abfällig über Homosexuelle, Behinderte oder Obdachlose spricht, darf keine Uniform tragen. Deshalb müssen die

waltverherrlichenden Bildern gibt es eine Absage nach Beschluss einer Kommission.

Studien besagen, dass Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter generell weltoffen sind, im ersten Praxisjahr aber die Antipathie gegen Ausländer wächst. Woran liegt das?

Karin Herbers: Polizeibeschäftigte lernen im Alltag fast alle Schattenseiten des Lebens kennen. Wird ein Beamter angepöbelt, bespuckt oder geschlagen, speichert sein Gehirn diese Erfahrungen unter „Vorsicht,

sein können. Im schlimmsten Fall driften Menschen in extremistische Bereiche ab.

Wie kann man gegensteuern?

Kubera: Indem man über all die Eindrücke und Erfahrungen offen redet und sie reflektiert – mit Kolleginnen und Kollegen, mit Freundinnen und Freunden, in der Familie. Auch mit Supervisionen machen wir gute Erfahrungen.

Herbers: Es geht um Fragen wie: „Warum ist das passiert?“, „Was macht das Erlebte mit dir?“ In vielen sozialen Berufen sind solche Selbstreflexionen fest etabliert. Wie Ärzte und Pflegepersonal leisten auch Polizistinnen und Polizisten jeden Tag emotionale Schwerstarbeit. Sie dürfen nie die Beherrschung verlieren, nicht einmal, wenn sie mit Fäkalien beworfen werden. Angst, Ekel, Abscheu, Frust und Hass – all diese Gefühle sind natürlich trotzdem da. Damit sich das Menschenbild nicht verschiebt, muss die Emotion ein Ventil finden. Das können beispielsweise Gespräche in der Gruppe sein, bei denen diese Gefühle angesprochen werden.

» Seit 2018 prüft außerdem der Verfassungsschutz alle Bewerberinnen und Bewerber.

Thomas Kubera

Bewerber psychologische Tests bestehen, in denen ihre Werte haltung hinterfragt wird. Seit 2018 prüft außerdem der Verfassungsschutz alle Bewerberinnen und Bewerber. Der Polizeiärztliche Dienst horcht nicht nur Herz und Lunge ab, sondern schaut sich auch Tätowierungen genau an. Bei extremistischen oder ge-

schlecht“ ab. So ein Prozess ist normal und dient dem Selbstschutz. Problematisch kann es werden, wenn immer wieder eine bestimmte Personengruppe damit verbunden wird. Etwa Geflüchtete oder Menschen mit Migrationshintergrund. Dann können Vorurteile entstehen, die Vorläufer von Ausländerhass



Im Hambacher Forst wurden Kolleginnen und Kollegen mit Fäkalien beworfen. Hilft es – selbst bei solchen Extremsituationen –, sich zu sagen: „Das geht nur gegen die Uniform“?

Stefan Heimbuch: Es nicht persönlich zu nehmen, kann eine Strategie sein. Allerdings ist dies gerade bei eindeutig gegen einen selbst gerichteten Angriffen schwierig. Der Mensch in der Uniform ist kein „Automat“. Wir im ZeBuS bieten für Reflexionen passende Angebote. Das Geschehen im Hambacher Forst ist Teil der Ethikausstellung „Grenzgang“. Hier gehen wir mit Besuchern in den Diskurs. Ein offener Austausch in Verbindung mit dem Gefühl, den Einsatz gemeinsam durchgestanden zu haben, hilft wesentlich bei der Verarbeitung.

Polizistinnen und Polizisten müssen sich aufeinander verlassen können, wenn es gefährlich wird. Bildet dieser über allem stehende Teamgeist den Nährboden für rechtsradikales Gedankengut?

Herbers: Ohne Teamgeist wäre eine gute Polizeiarbeit gar nicht möglich, eben weil die Kolleginnen und Kollegen aufeinander angewiesen sind und sich gegenseitig schützen müssen. Nicht nur im Hambacher Forst, sondern auch im Schicht- und Wechseldienst, bei Drogenfahndungen, bei Tumultdelikten – überall. Aber natürlich darf Teamgeist nicht so weit gehen, dass man sich gegenseitig deckt, wenn Unrecht geschieht.

In Mülheim hatten manche Kolleginnen und Kollegen vermutlich

Angst, sich zu isolieren, wenn sie die Täter und ihr Fehlverhalten melden?

Kubera: Wenn rechtsextreme Inhalte verschickt werden, müssen die Kollegen das melden, weil sie sich sonst selbst strafbar machen. Und wer seinem Umfeld nicht vertraut, kann sich auch an andere Personen wenden, wie zum Beispiel den

» Wie Ärzte und Pflegepersonal leisten auch Polizisten jeden Tag emotionale Schwerstarbeit.

Karin Herbers

Polizeibeauftragten auf Landesebene oder die Extremismusbeauftragten in den Polizeibehörden. Mit ihnen kann man frei sprechen. Zusätzlich stehen die Personalvertretungen, die Gleichstellungsbeauftragten und auch die Schwerbehindertenvertretungen als Ansprechstellen zur Verfügung.

Wäre es nicht besser, die direkten Vorgesetzten würden rechtzeitig erkennen, was in ihrer Einheit falsch läuft – und reagieren?

Kubera: Man braucht beides, die Aufmerksamkeit von Vorgesetzten, aber auch die von Kolleginnen und Kollegen. Dabei muss nicht immer sofort eine Strafanzeige erforderlich sein. Es reicht häufig aus, jemanden zur Rede zu stellen. Also mitzutei-

» Der Mensch in Uniform ist kein „Automat“.

Stefan Heimbuch

len, dass man nicht einverstanden ist mit dem, was da läuft. Wer damit rechtzeitig anfängt, vermeidet strafrechtlich relevantes Verhalten. Und für Vorgesetzte gilt: Eine wertorientierte Grundhaltung und verantwortungsvolle Führung, das sind wichtige Elemente für eine rechtzeitige und wirkungsvolle Intervention.

SILVIA DAHLKAMP



Fotos: Polizei NRW

Von oben nach unten: Thomas Kubera, Karin Herbers und Stefan Heimbuch



NRW

Mit dem Innenminister im Video-Dialog

„Mir ist es wichtig, mit allen Führungskräften vor Ort zu sprechen. Ich brauche ihre Hilfe nach dem Entdecken von rechtsextremistischen Chatgruppen“, sagt Herbert Reul. In Pandemie-Zeiten geht das nur per Videokonferenz, doch auch so erreichten der Minister, Abteilungsleiterin Dr. Daniela Lesmeister und der Sonderbeauftragte Uwe Reichel-Offermann in ihren Online-Gesprächen mit den Kreispolizeibehörden jeweils drei bis fünf Polizeibeschäftigte pro Behörde.

„Was sind die Ursachen? Wie können wir präventiv vorgehen? Was lehrt uns das?“, sind einige der Fragen, die Reul in den etwa 90-minütigen Konferenzen stellt. Unterschiedliche Stimmungsbilder aus allen Arbeitsbereichen führten in den Dialogveranstaltungen zu angeregten Diskussionen. Dabei hatten Belastungen aus dem Polizeiberuf, weitere Hilfsangebote und die Rolle von Führungskräften eine besondere Bedeutung.

Der Minister stellte seinen Standpunkt unmissverständlich klar: „Bei Beleidigungen, Verunglimpfungen oder Hasskommentaren ist man sofort im straffälligen Bereich. Wer rassistische oder fremden- und ausländergefeindliche Auffassungen vertritt oder sich zu eigen macht, hat in einer rechtsstaatlichen Polizei keinen Platz und bringt alle 56.000 Polizeibeschäftigten in NRW, die für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten, in Misskredit.“ ■

NRW

BEI ZWEIFELN KEINE CHANCE

Extremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung haben bei der Polizei NRW keinen Platz. Das zeigt nicht erst das Vorgehen rund um die bekannt gewordenen Vorwürfe im Zusammenhang mit den Vorfällen beim PP Essen, bei denen Beschäftigte rechtsextremistische, antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Inhalte in Chatgruppen gepostet haben.

Vom Bewerbungs- und Auswahlverfahren über die Ausbildung bis hin zu Fortbildungen setzt die Polizei NRW alles daran, eine der Verfassung entsprechende Einstellung bei Polizistinnen und Polizisten sicherzustellen. Eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, so werden extremistische und diskriminierende Einstellungen in der Wissenschaft bezeichnet, hat keinen Platz in der nordrhein-westfälischen Polizei. Doch wie sehen die einzelnen Maßnahmen konkret aus?

Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren. Wer ein Studium bei der Polizei NRW beginnen möchte, muss zahlreiche Auswahlkriterien erfüllen. Dabei geht es aber nicht nur um Sportprüfungen und Intelligenztests, sondern auch darum, die charakterliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber festzustellen. Dazu prüft das LAFP NRW gegebenenfalls auch Erkenntnisse aus strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sowie Daten vom Verfassungsschutz. Das geschieht mehrfach, da sich das mehrteilige Bewerbungs- und Auswahlverfahren insgesamt über mehrere Monate erstrecken kann. Gibt es begründete Zweifel an der Einstellung eines Bewerbers, scheidet er sofort aus dem Verfahren aus.

Die angehenden Polizistinnen und Polizisten müssen sich in den Tests des Auswahlverfahrens zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und Fragen zu ihrer Wertorientierung beantworten. Auch möglichen Körperschmuck prüfen Experten auf verfassungsfeindliche oder andere relevante Motive. Um den Erfolg der Maßnahmen zu sichern, fließen das Wissen von Psychologen, Medizinern und Juristen sowie die Erfahrung der im Auswahlverfahren eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in das Verfahren ein.

Die Ausbildung. Ist das Auswahlverfahren für den Bewerber erfolgreich verlaufen, wartet das dreijährige Bachelorstudium. Dabei kommt der Vertiefung von ethischen und verfassungsrechtlichen Fragestellungen eine große Bedeutung zu.

Seit vielen Jahren ist das Thema Rechtsextremismus und Diskriminierung nicht nur Studieninhalt, sondern auch ein Schwerpunkt der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) Nordrhein-Westfalen in zahlreichen Veranstaltungen, Forschungsprojekten und Publikationen von Experten der HSPV NRW.



Foto: David Roßberg

Schießtraining ist ein Bestandteil der Polizeiausbildung.

Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW ist innerhalb des Studiums für die Trainings zuständig. Während der Trainings beim LAFP NRW gehört der Besuch des „Grenzgangs“ im Zentrum für ethische Bildung und Seelsorge in der Polizei NRW (ZeBuS) zum festen Programm. Der „Grenzgang“ beschäftigt sich als berufsethische Dauerausstellung und Reflexions-

Fortbildungsangebots. Jährlich findet eine Vielzahl von interkulturellen Seminaren mit über 1.000 Teilnehmern statt, die regelmäßig weiterentwickelt und aktualisiert werden.

Zunächst reflektieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei ihre eigenen kulturellen Prägungen. Die kulturelle Selbstreflexion dient der Relativierung von Selbstverständlichkeiten und vermeintlicher Normalität

sowie der Verdeutlichung von Diversität in scheinbar homo-

genen Gruppen. Im nächsten Schritt legen die Seminare den Fokus auf kulturelle Prägungen, die im Einzelnen als fremd wahrgenommen werden können, interkulturelle Begegnungen und die möglichen damit einhergehenden Irritationen und Missverständnisse. Durch eine Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen, die mit unterschiedlicher kultureller Prägung aufgewachsen sind, erhalten die Teilnehmer einen Perspektivwechsel und die Möglichkeit, sich unmittelbar auszutauschen.

Exemplarische Fallbeispiele aus dem Bereich „Interkulturelle Begegnungen“ – sogenannte „Critical Incidents“ – ermöglichen das Erfassen von Konfliktsituationen und Verhaltensweisen, die als fremd wahrgenommen werden. So können die Teilnehmer Handlungsstrategien und Lösungswege entwickeln. Durch das Hintergrundwissen über fremde Kulturen und Religionen können Polizistinnen und Polizisten letztlich Einsatzsituationen besser einschätzen und Missverständnisse vermeiden.

Das LAFP NRW arbeitet an einer Erweiterung seiner Angebote. So wird derzeit an einer Konzeption zur „Stärkung der demokratischen Resilienz“ gearbeitet. Dabei fließen auch Erkenntnisse aus der Sonderinspektion bei PP Essen ein. Diese Konzeption wird auch Beratungsleistungen und supervisorische Angebote enthalten. Die Konzeption soll die Kompetenz vor Ort in den Polizeibehörden stärken, also genau dort, wo mögliche Probleme unmittelbar entstehen.

» Wer ein Studium bei der Polizei NRW beginnen möchte, muss zahlreiche Auswahlkriterien erfüllen.

raum für ethische Aspekte des Polizeiberufs mit dem schmalen Grat zwischen zu Recht erwarteter Professionalität und der menschlichen Unvollkommenheit. Sind in der Gesellschaft wirklich alle gleich, wie steht es um Gewalt und Polizei, wie wirken sich Extremsituationen auf Polizisten aus und wie gehe ich mit dem Thema Tod um?

Die Fortbildung. Interkulturelle Fortbildung und Seminare sind bei der Polizei NRW seit über einem Jahrzehnt fester Bestandteil des

NRW

„EINE VERPFLICHTUNG FÜR JEDEN VON UNS!“

Studentinnen und Studenten des Standorts Bielefeld sprechen sich bei der Ablegung ihres Dienstheids am 16. Oktober 2020 in Münster ausdrücklich gegen Rassismus und Diskriminierung in der Polizei aus. Exemplarisch dokumentieren wir die gemeinsame Rede der beiden Kommissaranwärter Ebru Arslanboga und Maurice Michael Deppe.

„Zu Beginn unserer Ausbildung wurden wir gefragt, was unsere Motivation ist, Polizistin oder Polizist zu werden. Ja, wir haben auch gesagt, dass wir Herausforderungen suchen, dass wir uns den Beruf abwechslungsreich und facettenreich vorstellen und dass wir Menschen helfen und ein Stück weit für Gerechtigkeit sorgen möchten.

Das bedeutet aber auch: Wir müssen Kritik aushalten, die gegen uns gerichtet ist und bei der wir nicht stets als Mensch hinter der Uniform wahrgenommen werden, sondern ganz einfach als die POLIZEI.

Dennoch hat der Diensteid für uns heute keine neue Bedeutung. Wir kannten diese auch vor dem 16. September, als fragwürdige Chatinhalte publik wurden, und bevor vermeintliche Eingriffstechniken fast 7.000 Kilometer von uns entfernt zum Einsatz kamen.

Seit dem 16. September steht unser Diensteid in einem neuen Fokus. Wir geloben heute, die Verfassung und die Gesetze Deutschlands pflichtgetreu zu befolgen und zu verteidigen. Dies sind nicht nur Worte, die man

Foto: Polizei NRW



» Ich bin stolz, diesen Beruf auszuüben.

Maurice Michael Deppe

auswendig lernt. Der Diensteid stellt für jeden von uns auch eine Verpflichtung dar.

Ich bin stolz, diesen Beruf auszuüben, und stolz, dass ich bereits ein Drittel der Ausbildung geschafft habe. Ich möchte dieses Gefühl des Stolzes auch bei meinem weiteren beruflichen Werdegang spüren. Wir möchten nicht mit Rassisten und Rechtsextremisten in einen Topf geworfen werden und wir möchten nicht mit ihnen Dienst machen!

Für mich – und ich bin mir sicher, ich spreche für alle hier Anwesenden – ist es daher selbstverständ-

lich, dass ich mich auch an dieses Gelöbnis und an diese Verpflichtung halten werde. Dienstlich wie auch privat. Damit ich auch weiterhin stolz sein kann!

Mit Beginn unserer Ausbildung bei der Polizei NRW haben wir uns genau wie alle anderen Polizisten in NRW dazu verpflichtet, die Verfassung einzuhalten und zu verteidigen. Aus diesem Grund finden wir es erschreckend, dass einige Kollegen sich nicht an dieses Gelöbnis und nicht an den Diensteid halten. Wer in den letzten Tagen die Kanäle der Polizei NRW und der einzelnen Behörden verfolgt hat, dem ist aufgefallen, dass Statements gesetzt werden. Statements gegen Rassismus und Diskriminierung in der Polizei. Ich möchte an dieser Stelle die Aussage meiner Praktikumsbehörde, der KPB Gütersloh, zitieren: ‚Rassismus hat bei der Polizei [...] keinen Platz. Nicht mit uns!‘

Wir Studentinnen und Studenten des Standorts Bielefeld sprechen uns ausdrücklich und in jeder Form gegen Rassismus und Diskriminierung in der Polizei aus. Wir hoffen deshalb, dass Sie auch weiterhin Ihr



Foto: Polizei NRW

» Bitte verlieren Sie das Vertrauen in uns nicht.

Ebru Arslanboga

Vertrauen in uns setzen, und mit der Einhaltung unseres Dienstes werden wir Ihnen zeigen, dass es uns ernst ist und Sie uns vertrauen können.

Wir möchten Sie nicht nur darum bitten, das Vertrauen in uns nicht zu verlieren. Wir fühlen uns ziemlich gut aufgehoben bei der Polizei NRW.

Nun ist es endlich so weit ... der Tag unserer Vereidigung ist gekommen. Kein anderer Einstellungsjahrgang musste sich je so lange bis zu diesem besonderen Tag gedulden wie wir aus dem Einstellungsjahrgang 2019. Aber auch kein anderer Jahrgang hat das Grundstudium in dieser komplizierten und anspruchsvollen Form bestritten, wie wir es getan haben. Trotz Homeoffice, Stundenausfällen, der ein oder anderen Minute, in der man einfach nur alles hinter sich haben wollte, und letztendlich der fünf Klausuren unter Corona-Bedingungen haben wir es geschafft, das Grundstudium und somit ein Drittel unseres Studiums erfolgreich abzuschließen. Ich finde, das ist ein guter Grund, um einen Moment innezuhalten und sich einmal selbst auf die Schulter zu klopfen. Wir können und sollten alle stolz auf uns sein.

Ich weiß nicht, wie es euch geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ich erinnere mich noch sehr gut an die erste Woche im letzten September und dieses Gefühl zu haben, etwas Neues anzufangen ...

Dann haben wir uns das erste Mal mit dem Kurs zusammengesetzt, um uns besser kennenzulernen. Jeder Kurs ist ein bunter Haufen mit einer Altersspanne von 18 bis 32. Ich mit meinem schulischen Leichtsinn hatte nicht damit gerechnet, dass ich einmal mit Ü-30-Jährigen zusammen über Lehrbüchern hocke und versuche, Eselsbrücken herzu-leiten, um Staatsrecht und ähnliche

Fächer zu begreifen. Aber genau das ist das Schöne an unserer Ausbildung. Man lernt so viele neue Menschen kennen und jeder bringt andere Erfahrungen mit – ehemalige Schüler, Studenten, Juristen, Bürokaufleute oder Soldaten –, um schließlich Polizeibeamter oder Polizeibeamtin zu werden.

Seit der Orientierungswoche sind nun viele Wochen vergangen. Seit diesem Tag sind aus unbekanntenen Personen nicht nur Kollegen geworden, sondern viel mehr – Kollegen sind Freunde, wenn nicht sogar gute Freunde geworden.“



Hielten eindrucksvolle Reden bei ihrer Vereidigung in Münster: die jungen Bielefelder Polizisten Ebru Arslanboga und Maurice Michael Deppe.

NRW

„VERANTWORTUNG STÄRKEN, KRITIK ERNST NEHMEN“

AUTOR: PROF. DR. TOBIAS TRAPPE, STELLVERTRETENDER SPRECHER
DES FACHBEREICHS POLIZEI UND PROFESSOR FÜR ETHIK

Die Enttarnung einer rechtsextremen Chatgruppe ist auch für uns ein Grund zu Nachdenklichkeit. Dass es zu solchen Erscheinungen kommen würde, musste jeder befürchten, der die gesellschaftliche Ausbreitung rassistischer und rechtsextremer Positionen und Praktiken vor Augen hat. Denn die Polizei arbeitet in den Grenzbereichen einer von wachsenden sozialen Konflikten zerrissenen Welt. Die Herausforderungen von Rassismus und Rechtsextremismus sind daher seit Langem ein Schwerpunkt in dem durch den Fachbereichsrat Polizei an der HSPV NRW verantworteten Studium.

Auftrag klären: Schutz der Menschenrechte und Verteidigung einer offenen Gesellschaft

Die Achtung menschlicher Würde, die Entwicklung einer menschenrechtskonformen Haltung sowie der Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen in einer offenen Gesellschaft sind übergreifende Leitziele des Studiums. Angepasst an unterschiedliche Einsatzanlässe (Fahrzeugkontrollen, Einsätze bei häuslicher Gewalt etc.) werden den Studierenden zentrale menschenrechtsbasierte Kompetenzen vermittelt: etwa der wertschätzende Umgang mit Menschen, ein diskriminierungsfreies und interkulturell kompetentes Handeln, die Achtung von besonders verletzlichen Gruppen bis hin zum unter Umständen lebensgefährlichen Einsatz für den Schutz der Menschenrechte.

Kritik ernst nehmen: Rassismus und Rechtsextremismus als wichtige Themen des Studiums

Vor dem Hintergrund der im Staats- und Eingriffsrecht vermittelten menschenrechtlichen Prinzipien werden auch rassistische Praktiken

innerhalb der Polizei reflektiert: So lernen die Studierenden im Fach „Interkulturelle Kompetenz“ Mechanismen von Ausgrenzung (z. B. rassistische Diskriminierung) kennen. In den Fächern Einsatzlehre, Kriminalistik sowie Kriminologie wird ausdrücklich diskriminierendes „Ethnic Profiling“ thematisiert. Die Bekämpfung von Rassismus, politisch motivierter Kriminalität und (Rechts-) Extremismus sind Inhalte der Politikwissenschaft und Kriminalistik. Ebenso wird die Verstrickung der Polizei in die NS-Verbrechen aufgearbeitet. Begleitet wird dies nicht nur durch Einheiten zu problematischen Entwicklungen innerhalb der sogenannten Cop Culture, sondern vor allem durch ein kontinuierliches Angebot zur Berufsrollenreflexion sowie zur Kommunikation und Deeskalation bei Konflikten (TSK).

Den Blick von außen integrieren: regelmäßige Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren

Im Rahmen des Menschenrechtstags finden Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Amnesty International oder der Initiative Schwarze Menschen in

Deutschland statt, um auf Phänomene wie Racial Profiling einen kritischen Blick von außen zu werfen. Begegnungen mit Flüchtlingen oder Workshops mit Einrichtungen wie dem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf e. V. dienen gezielt dem Abbau menschenfeindlicher Einstellungen. Kooperationen mit den Mahn- und Gedenkstätten haben das Ziel, die Polizei aus ihrer historischen Verantwortung heraus zu verstehen.

Die Organisation entwickeln: institutionelle Dimensionen der Menschenrechtsbildung

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ist auch eine institutionelle Verpflichtung. Wir haben daher schon frühzeitig die Position eines „Beauftragten für Menschenrechtsbildung“ eingerichtet (Dr. E. John, Dr. Chr. Riederer). Zu den Aufgaben gehören unter anderem die Initiierung und Koordinierung von Fortbildungen für Lehrende in Theorie, Training und Praxis zum Problem von Rassismus (u. a. mit der Opferberatung Rheinland). Die zivilgesellschaftliche Reflexion der Arbeit von Sicherheitsbe-

hören verhindert blinde Flecken in der eigenen Aufgabenwahrnehmung; daher werden auch bei der Studiengangentwicklung externe Stakeholder wie das Deutsche Institut für Menschenrechte systematisch eingebunden.

Klarheit ermöglichen: Forschungen zu Rassismus und Rechtsextremismus

Die HSPV NRW kann seit Jahren auf eine breite Expertise in der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Extremismus zurückgreifen. Mit dem Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften verfügen wir über eine anerkannte Forschungseinrichtung, die gezielt Analysen zu Formen von Extremismus und Terrorismus, zur polizeilichen und nachrichtendienstlichen Kontrolle und Ermittlung, zur (Radikalisierungs-) Prävention sowie zu Theorien politisch motivierter Agitation und Kriminalität durchführt. Aktuelle Forschungen betreffen unter anderem die Aus- und Fortbildung im Bereich xenophober Einstellungen (I. Zeitner), der interkulturellen Kompetenz (Prof. Dr. J. Grutzpalk) oder des Politischen Extremismus/ Terrorismus (Prof. Dr. Th. Grumke). Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung wurde das Projekt „Politische Bildung und Polizei“ (Prof. Dr. B. Frevel) gestartet, in dessen Mittelpunkt die historisch-politische und Menschenrechtsbildung sowie die Sensibilisierung für Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus stehen. Insofern Rassismus und Rechtsextremismus die Wertgrundlagen der polizeilichen Arbeit bedrohen, unterstützt auch das Institut für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung

entsprechende Forschungen (etwa zum sogenannten NSU-Komplex [Prof. Dr. F. Kurbacher/Prof. Dr. V. Salzmann], zu antidemokratischen Einstellungen [N. Sturm] u. Ä.).

Selbstkritik praktizieren: Offene Fragen für das Studium

Aber auch wir selbst müssen unsere eigene Tätigkeit in Lehre und Forschung daraufhin überprüfen, inwieweit wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Schieben wir kritische Themen nicht vielleicht doch zu sehr ab in die so gern belächelten „Trallalafächer“ wie Ethik oder IK? Wo müssen wir noch mehr für die Werte unserer Verfassung werben? Wie stärken wir

der Führung und der Politik klarer markieren? Und wie können wir unsere wissenschaftliche Expertise noch stärker für die Polizei (etwa in der Organisationsentwicklung) einbringen?

Nachdenklichkeit kultivieren: Wissenschaft als Chance für die Polizei

Die Arbeit der Polizei ist verstrickt in eine von Ungerechtigkeiten und Machtkämpfen durchzogene Welt; sie steht unter enormem Handlungs-, Zeit- und Improvisationsdruck und blickt hinter die Fassaden unserer Hochglanzgesellschaft, immer im Bewusstsein einer latenten Gefährdung der eigenen physischen wie psychischen Integrität. Gerade



Tobias Trappe (rechts) im Gespräch mit einem Studenten

die Handlungskompetenzen der künftigen Polizeibeamtinnen und -beamten im Bereich Antidiskriminierung oder des Menschenrechtsschutzes? Wo unterliegt unsere eigene Lehre rassistischen Stereotypen? An welchen Stellen ist das Studium in seiner jetzigen Form und Länge überfordert, um den wachsenden Ansprüchen gerecht zu werden? Wo müssen wir neben der persönlichen Verantwortung jedes Einzelnen auch die Verantwortung

für einen so verantwortungsvollen Beruf bietet die HSPV eine enorme Chance zur Nachdenklichkeit in eigener Sache. Wissenschaft öffnet einen Freiraum für die unvoreingenommene Diskussion der sensiblen Aufgaben der Polizei. Wissenschaft kennt keine Hierarchien und keine „Linien“. Sie entlastet vom Zwang, nichts Falsches sagen zu dürfen und immer recht behalten zu müssen. Sie schenkt Klarheit und gibt so Handlungssicherheit.



TECHNIK UND INNOVATION

NRW

Wasserschutzpolizei im Corporate Design

13,4 Tonnen schwer, 14 Meter lang und 4 Meter breit ist das neue Kanalstreifenboot WSP 15, das seinen Vorgänger im Wachbereich Münster nach 42 Dienstjahren auf dem Dortmund-Ems-Kanal und der Ems ablöst. Das von zwei 350 PS starken Motoren angetriebene Polizeiboot ist das erste mit einem neuen Neondesign für eine bessere Erkennbarkeit auf dem Wasser.



Ein Jahr lang haben die Bootsbauer der Siemer Jachtservice Hunte-Ems GmbH im ostfriesischen Barßel-Reekenfeld an dem 1,1 Millionen Euro teuren Projekt geschraubt und gefeilt – bis die WSP 15 als eines von zukünftig 19 Streifenbooten im Land zu Wasser gelassen wurde.

Ab März beginnt die Bewerbungsphase für die Wasserschutzpolizei. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte können sich unter wsp-nachwuchs. Duisburg@polizei.nrw.de über diese spannende Aufgabe informieren. Eine Bewerbung ist nach mindestens vier Jahren Berufserfahrung möglich. ■

DÜSSELDORF

ZURÜCK INS FRÜHJAHR '45

Drehhocker, gelbe Fleecedecke, Kopfhörer. Das Publikum sitzt weit auseinander, bereit für den Zeitsprung in das Jahr 1945. Es wird nicht mehr lange dauern, bis es froh ist, eine Decke genommen zu haben. Es wird kalt – nicht nur von außen.

„Performative Erinnerung auf dem Jürgensplatz“ stand auf der Einladung. Das Stück „Aktion: Aktion!“ wird vom Düsseldorfer Theaterkollektiv Pièrre.Vers präsentiert. Das Ensemble führt das Publikum zurück ins Frühjahr 1945, zum Originalschauplatz des Polizeipräsidiums, auch heute noch der Sitz der Behörde in der Landeshauptstadt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Düsseldorf

und des Landeskriminalamtes sitzen auf den Hockern. Aber auch „Externe“ wie zum Beispiel Vertreter von Vereinen und Institutionen mit historischen oder politischen Bezügen sind dabei. Mittendrin sitzt Innenminister Herbert Reul.

Der Krieg ist fast verloren, die Alliierten sind bereit, Düsseldorf „sturmreif“ zu bombardieren. Hitler verhängt mit dem „Nero-Befehl“ – Kampf bis zum letzten Mann – das Todesurteil über Düsseldorf.



Theaterstück auf dem Jürgensplatz vor dem Polizeipräsidium Düsseldorf: Erinnerung an 1945



Foto: Ralf Puder, projektorat.net

Eine eindrucksvolle Besinnung auf Vergangenes: Die Schauspielerinnen und Schauspieler nehmen das Publikum mit zu den Geschehnissen kurz vor Kriegsende.

Die Schauspielerinnen und Schauspieler besetzen mehrere Rollen zugleich und wechseln die dargestellten Personen inzwischen im Schnelltempo. Die Stimmen, die Musik und die Geräusche sind über die Kopfhörer hautnah zu hören und zu spüren. Die Zuschauer drehen sich auf den Hockern von Kulisse zu Kulisse. Gebannt folgen sie dem Stück.

Ein Dutzend Männer beschließt, vom geistigen zum aktiven Widerstand überzugehen, und beeinflusst mit der „Aktion Rheinland“ die Geschichte der Stadt maßgeblich. Mit Hilfe des Polizei-Oberstleutnants Franz Jürgens besetzen sie das Polizeipräsidium. Der Platz vor dem Düsseldorfer Polizeipräsidium trägt heute seinen Namen.

Zwischen den aufgebauten Theaterkulissen steigert sich die Dynamik. Zeitgleich dämmert es bereits und die alten Präsidiumsfenster und der rote Backstein werden in indirektes Licht getaucht. Spätestens jetzt wird klar: Das ist nicht nur eine Theaterkulisse, diese Mauern haben genau diese Geschichte erlebt.

Die Männer lassen sich Vollmachten für die Alliierten ausstellen, um mit ihnen über die kampflose Übergabe der Stadt zu verhandeln. Das Unternehmen gelingt, die Stadt wird gerettet.

Auch wenn jeder Zuschauer den Ausgang der Geschichte kennt, ist das Hoffen und Bangen auf einen guten Ausgang überpräsent. Wäre es nicht so windig, könnte man eine Stecknadel fallen hören. Die Aktion wird verraten, die Männer werden wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt und ermordet.

Emotional aufgewühlt steigen die Zuschauerinnen und Zuschauer in die anschließende Diskussionsrunde ein und trotzen der Kälte. Die Wortbeiträge ergeben rasch: Das Heute, die aktuelle Debatte, die Ereignisse in Mülheim und andernorts liegen allen auf der Seele und der Zunge. Offen, kritisch und reflektiert werden ethische, moralische und gesellschaftliche Fragestellungen beleuchtet.

„Wir müssen genau diese Haltung stärken und fördern: den Mut zu ha-

ben, auch unbequeme Dinge an- und auszusprechen“, sagt Herbert Reul.

Das „Damals“ des Stücks hat den Blick auf das „Heute“ gerichtet. Die Botschaft könnte aktueller nicht sein: Wann ist der Zeitpunkt, um aufzustehen, „Nein“ zu sagen und „Kante zu zeigen“? Insbesondere als Polizist, aber vor allem auch als Mensch.

Weitere Informationen unter:

Theaterkollektiv Pièrre.Vers
<https://www.theaterkollektiv.de/>



Geschichte am Jürgensplatz e.V.
<https://www.geschichte-am-jürgensplatz.de/>



JANINE ELLER

NAMEN UND NACHRICHTEN

NRW

Reul spendet Brost-Preis an Polizeistiftung NRW

„Anerkennung, wem Anerkennung gebührt“ ist das Motto des neu geschaffenen Brost-Ruhr Preises. Ausgezeichnet und gewürdigt werden Menschen, die sich ums und im Ruhrgebiet verdient gemacht haben. In diesem Jahr geht die Auszeichnung an NRW-Innenminister Herbert Reul. Der Preis würdigt sein entschlossenes Auftreten gegen Kriminalität.



Reul habe die innere Sicherheit des Landes zu seiner Aufgabe gemacht, betonte Bodo Hombach, Vorstandsvorsitzender der Brost-Stiftung, in seiner Würdigung. „2018 stellte er mit der Reform des Polizeigesetzes und 2.500 Neueinstellungen im Jahr darauf strategische Weichen. Die Zahl der Straftaten sank 2019 um 4,3 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Vor allem für die grassierende Clankriminalität wurde es eng. Auch der Kampf gegen Kindesmissbrauch steht oben auf Reuls Agenda.“

Der Brost-Ruhr Preis ist mit 20.000 Euro dotiert. Herbert Reul hat die Summe der Polizeistiftung NRW gespendet und sie dem Vorsitzenden Rainer Axer weitergereicht (Foto). ■

MÜNSTER

GESCHICHTE ZUM LERNEN

Wohl keine andere NS-Gedenkstätte in unserem Bundesland wird von so vielen Polizeigruppen besucht und für Seminare in der Aus- und Fortbildung genutzt wie die Villa ten Hompel in Münster. Der heutige Geschichtsort war von April 1940 bis Ende 1944 das Hauptquartier der Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI, der vor allem das heutige Nordrhein-Westfalen umfasste. Hier saßen die Schreibtischtäter, die die Bewachung der Deportationen und die Einsätze in den eroberten Ländern organisierten. Es wird geschätzt, dass die Ordnungspolizei des NS-Staats insgesamt mindestens 600.000 Menschen erschossen hat.

Der Kommandant des bevölkerungsreichsten Wehrkreises in Deutschland befehligte von Münster aus rund 200.000 Polizisten und Hilfspolizisten. Die Machtzentrale am Kaiser-Wilhelm-Ring war ursprünglich von dem Fabrikanten Rudolf ten Hompel erbaut worden. Dessen Zementimperium ging Anfang der 30er Jahre in Insolvenz. Der frühere Reichstagsabgeordnete für das katholische Zentrum wurde von den neuen Machthabern „als Systemrepräsentant der Weimarer

Republik“ wegen Konkursvergehens hart bestraft. Er musste für drei Jahre ins Gefängnis. Sein repräsentatives Haus übernahm der Staat.

Ab 1940 tat der dort einquartierte Polizeistab alles, um jeden Widerstand im Reich und in den besetzten Gebieten mit Gewalt zu ersticken. Nach dem Krieg wurde die Villa ten Hompel zum Schauplatz der Entnazifizierung und später der „Wiedergutmachung“. So nannte man die positiv beschiedenen Vermögensansprüche derjenigen, die von den



Fotos: Tim Wegener

Ende der 90er Jahre hat die Stadt Münster in der Villa ten Hompel eine Gedenkstätte eingerichtet. Das Haus war in der NS-Zeit die Zentrale der Ordnungspolizei im Westen Deutschlands.

Nazis drangsaliert und enteignet worden waren.

„Wir können die enorm hohe Beteiligung der uniformierten Polizei an den Verbrechen des Dritten Reiches dokumentieren“, sagt Thomas Köhler (46), wissenschaftlicher Mitarbeiter an der von der Stadt Münster Ende der 90er Jahre eingerichteten Gedenkstätte. Außerdem stelle man die Kontinuitäten bei der Polizei nach 1945 dar sowie die halbherzigen staatlichen Versuche, die Verfolgten zu entschädigen.

„Die Nachfrage nach einem Besuch unserer Einrichtung hat vonseiten der Polizei in den vergangenen Monaten stark zugenommen“, erzählt Kollege Peter Römer. „Der belastete Ort veranlasst die Teilnehmer, intensiver über Diktatur, Ausgrenzung und Zwänge nachzudenken.“ Im

neutralen Seminarraum einer Behörde fänden solche offenen Diskussionen nur selten statt.

Die beiden Historiker wünschen sich, dass die Polizei künftig mehr in Fortbildung investiert. „Die Ausbildung bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau. Doch dann werden die Beamten im beruflichen Alltag zu stark sich selbst überlassen“, meinen sie. Vielleicht ändere sich das aber gerade. Eine Kooperation der Villa ten Hompel mit der Deutschen Hochschule der Polizei ist schon vereinbart.

Die Aura dieses unheimlichen Ortes lässt nur wenige unberührt. Zu den wichtigsten Erzählsträngen der Ausstellung gehört das Thema „Polizei und Täterschaft“. Einzelne hohe Polizeioffiziere wie Generalmajor Heinrich Lankenau, bis Dezember

1942 Befehlshaber der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI, werden dort vorgestellt.

Der promovierte Philologe, der bis zum SS-Gruppenführer aufstieg, arbeitete nach dem Zweiten Weltkrieg in der westfälischen Zementindustrie. Er verfasste sogar ein Buch zur Geschichte der Ordnungspolizei. Dabei erweckte Lankenau den Eindruck, die Orpo sei „sauber geblieben“. Geflissentlich verschwieg er die Mordeinsätze in seinem Verantwortungsbereich. So hatte er den Oberbefehl über das Polizeibataillon 61 aus Dortmund, das zehn Monate lang als Wachmannschaft im Warschauer Ghetto eingesetzt wurde. Christoph Spieker, der Leiter der Villa ten Hompel, hat über den ranghohen Polizisten eine biografische Studie veröffentlicht. Sie geht unter anderem der Frage nach, warum



Uniformteile, Fotografien und Dokumente erinnern daran, wie sich die Polizei von der braunen Diktatur vereinnahmen ließ.

sich der bürgerlich geprägte Mann so nahtlos in die NS-Maschinerie einpassen ließ.

Den Tätern stehen die Verfolgten gegenüber, zusammengetrieben, deportiert und ermordet von Polizisten. Aus der Menge der Gepeinigten treten Einzelne hervor, darunter der aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie stammende Rolf Abrahamsohn aus Marl. Nach der Diskriminierung begann für ihn die offene Verfolgung mit der Pogromnacht 1938 und dem angesteckten Ladengeschäft der Eltern.

Abrahamsohn überlebte Zwangsarbeit, Deportation und mehrere Konzentrationslager. Seine übrige

Polizei sind, die heute für Recht und Gerechtigkeit einsteht.

Erst 1949 konnte Abrahamsohn wieder in das geplünderte Haus der Eltern ziehen. Ein Foto in der Ausstellung zeigt ihn, wie er auf dem nackten Boden sitzt und aus einer gusseisernen Pfanne isst – es wirkt wie ein provisorischer Zwischenstopp. Wie vielen Verfolgten fiel es auch Rolf Abrahamsohn nicht leicht, nach dem Krieg in Deutschland wieder Fuß zu fassen.

„Die Mörder sind unter uns“ heißt ein berühmter Spielfilm von 1946, den Wolfgang Staudte mit Hildegard Knef in Berlin drehte. Viele, die ins Fadenkreuz der braunen Diktatur

Familie wurde ermordet. Nach dem Krieg baute er die Firma in Marl wieder auf. Er wurde ein erfolgreicher Textilunternehmer. Auf Anregung der Villa ten Hompel hat der heute 95-Jährige auch mehrfach mit Polizisten über seine Erlebnisse gesprochen. „Er wollte zunächst nicht vor ihnen reden“, berichtet Thomas Köhler.

„Sie standen für all das Leid, das er erfahren hat.“ Doch er ließ sich davon überzeugen, wie wichtig seine Erfahrungen für eine Poli-

geraten waren und sich nun ein neues Leben aufbauen wollten, trafen in der Nachkriegszeit auf Täter in Amt und Würden. Erst jüngst hat die Villa ten Hompel – auch eine Forschungsstätte – die NS-Verstrickung der von 1946 bis 1969 amtierenden nordrhein-westfälischen LKA-Direktoren aufgedeckt. Die ersten vier Leiter waren alle an Kriegsverbrechen beteiligt. „Aus heutiger Sicht hätten sie niemals mehr als Polizisten arbeiten dürfen“, stellte Innenminister Herbert Reul nach der Veröffentlichung fest. Nur wenige Polizisten wurden vor Gericht gestellt. „Nur drei hat man in Nordrhein-Westfalen bis heute wegen Beihilfe zum Mord verurteilt“, berichtet Peter Römer.

Der 36 Jahre alte Historiker begrüßt, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wieder Fahrt aufgenommen hat. „Polizisten müssen ihre eigenen Handlungsspielräume ausloten“, findet er. „Frühere Berufskollegen haben widerstandslos an Massenerschießungen teilgenommen. Wir themati-



Polizisten sorgten dafür, dass die Befehle des Führerstaats befolgt wurden.



Polizei begleitete die Deportationen in die Konzentrationslager.

sieren beispielsweise in unseren Seminaren, welche Alternativen sie hatten.“

Die Ausstellung in der Villa ten Hompel verlässt der Besucher mit einem Blick auf ein Gemälde von Anatol Herzfeld. Er war selbst Polizist. Skizzenhaft sind vier Angehörige der Orpo in ihren grünen Uniformen bei einer Erschießung zu erkennen. Die Person im Vordergrund führt die Exekution mit einer Pistole durch. Zwei andere stehen etwas abgerückt mit verschränkten Armen da. Ein Vierter hat sich abgewandt.

Die eindringliche Szene sei ein Aufhänger, um anschließend ins Gespräch zu kommen, stellt Thomas Köhler fest. Der Wissenschaftler lobt die Bereitschaft der Polizei, sich „mit Anlaufschwierigkeiten“, nun aber seit fast drei Jahrzehnten kritisch mit der eigenen Vergangenheit als Institution auseinanderzusetzen. „Das ist schon etwas Besonderes.“



Thomas Köhler (links) und Peter Römer, wissenschaftliche Mitarbeiter der Einrichtung, begrüßen die Auseinandersetzung der Polizei mit den dunklen Kapiteln der eigenen Geschichte.

DORTMUND

FÜR DIE GEFAHR VON RECHTS SENSIBILISIERT

Nach dem Erlass des Innenministeriums vom März 2020 hat jede nordrhein-westfälische Polizeibehörde einen Beauftragten ernannt, der die Bekämpfung des Extremismus in den eigenen Reihen koordinieren soll. Innenminister Herbert Reul reagierte damit auf die Gefahr, die aktuell vor allem von neonazistischem Gedankengut droht. Wir sprachen mit Stefan Lemberg, dem Extremismusbeauftragten des Dortmunder Polizeipräsidiums, über seine Aufgabe.



Fotos: Tim Wegener

Stefan Lemberg, Beauftragter der Dortmunder Polizei, koordiniert die Bekämpfung von Extremismus in den eigenen Reihen.

„Wir tun alles, um Leute mit extremer Gesinnung aus dem Dienst zu entfernen“, stellt der 51-jährige Beamte fest. „Wir sind bei der Polizei in Dortmund bislang nicht auf Hinweise gestoßen, die auf etwaige Netzwerke bzw. Chatgruppen hindeuten, in denen über Jahre neonazistische Propaganda ausgetauscht wurde“, sagt Lemberg. Es gebe zwar keine letzte Gewissheit, dass so etwas nicht existiere. Doch in Dortmund sei man schon früh für die Gefahr von rechts sensibilisiert gewesen.

Seit Jahren leitet Stefan Lemberg das Sachgebiet 1, in dem unter anderem Sicherheitsstrategien entworfen werden. Er sitzt auch der Projektgruppe „Früherkennung extremistischer Verhaltensweisen“ vor. Für die neue Funktion als oberster

Ansprechpartner ist er also prädestiniert. „Ich bin auch im Leitungsstab und habe täglichen Kontakt mit dem Polizeipräsidenten“, fügt der besonnene Beamte hinzu.

Polizeipräsident Gregor Lange hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus mit seinem Amtsantritt 2014 zum Arbeitsschwerpunkt erklärt. Die Erfolge könnten sich sehen lassen, meint Lemberg. „Mit der Einrichtung einer ‚Sonderkommission Rechts‘ im Jahr 2015 haben wir ein umfassendes Bild von Mitgliedern und Straftätern der in Dortmund sehr aktiven Szene gewonnen.“ Die Ermittlungsarbeit führte dazu, dass die Straftaten aus dem rechtsradikalen Milieu stetig zurückge-

gangen sind. Allein die Zahl der Gewaltstraftaten sank um mehr als 80 Prozent. Insgesamt hat es schon mehr als 100 Verurteilungen gegeben.

„Wir haben dabei aber auch nie den Blick nach innen außer Acht gelassen.“ Der Kampf gegen den (Rechts-) Extremismus, sowohl extern als auch intern, war hier in Dortmund seit Jahren behördenstrategischer Schwerpunkt. Die Einrichtung des Extremismusbeauftragten war für uns der nächste logische und richtige Schritt, erläutert Lemberg. Schnell wurde intern geklärt, wie dienstlich mit Hinweisen und Vorfällen umzugehen ist. „Wir sind dann in den vergangenen Monaten auf einige Verdachtsfälle gestoßen. Noch haben wir aber die Ermittlungen nicht abgeschlossen.“

Der gut vernetzte Dortmunder hat sich schon auf diversen Veranstaltungen als Extremismusbeauftragter vorgestellt. Es müsse allen Kollegen klar sein, dass diskriminierendes Verhalten unter keinen Umständen toleriert werde. Wer Scheu habe, Vorkommnisse der Behörde zu melden, könne sich notfalls an die Polizeiseelsorge oder an den Polizeibeauftragten wenden, so Lemberg. „Wichtig ist aber, dass kein Hinweis untergeht.“

Zum Präventionsprogramm gehört die im Polizeipräsidium installierte Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – die Polizei im NS-Staat“. Einzelne Tafeln der Dokumentation können jetzt auch in den Wachen aufgestellt werden. Kürzlich hat der Leitungsstab mit Polizeipräsident Lange die „Mahn- und Gedenkstätte Steinwache“ besucht, um im alten Gestapo-Gefängnis an die Verbre-



Eine Ausstellung zeigt, wie die Dortmunder Polizei seit 1933 in ein verbrecherisches System verstrickt wurde.

chen zu erinnern, die Polizisten im NS-Staat begangen haben. „Diese Veranstaltung sollte eine mögliche Herangehensweise zur Extremismusprävention auf Polizeidienststellen aufzeigen und wurde daher auch auf der Intranetseite des PP Dortmund entsprechend beworben.“

Eine Daueraufgabe ist die Stärkung der interkulturellen Kompetenz. „Wer andere Kulturen versteht, fällt auf Rassismus und Hass nicht herein“, meint der Erste Polizeihauptkommissar. In Stellenausschreibungen spreche die Behörde Bewerber mit Migrationshintergrund direkt an.

Der Extremismusbeauftragte denkt nun darüber nach, wie man Polizisten besonders an Hotspots vor einer Radikalisierung bewahren kann. „Weltbilder können unter Belastung kippen.“ Stefan Lemberg hat vorgeschlagen, eine sozialpsychologische Fachkraft einzustellen. „Wir könnten dann vertrauliche Gespräche und eigene Supervisionsmaßnahmen anbieten.“

THOMAS ZORN



Generationen von Polizeibeamten einer Familie treffen zusammen: Hugo Flunkert mit seiner Tochter Monika und Enkelin Neele.

ISERLOHN

WENN POLIZEI IN DER FAMILIE LIEGT

Die Familie Flunkert/Kasper führt Polizei im Blut: Hugo Flunkert hat seine Begeisterung für den Beruf des Polizisten an Sohn, Tochter und Enkelkind weitergegeben. Sie alle haben sich für die Arbeit bei der Polizei NRW entschieden.

Die grüne Leder-Dienstjacke liegt auf dem Sofa parat, sorgfältig eingerahmt von drei Dienstmützen aus unterschiedlichen Jahrzehnten.

Schon die über Jahre aufbewahrten Uniformteile des 80-jährigen Hugo Flunkert machen deutlich, wie viel Polizeigeschichte er und seine Familie erlebt haben.

Flunkert hat seine Begeisterung für die Polizei an seine Kinder und Enkelkinder weitergegeben. Auch Sohn Andreas und Tochter Monika – die mittlerweile den Nachnamen

Kasper trägt – haben sich für eine Karriere bei der Polizei NRW entschieden. Das neueste Mitglied der Polizeifamilie ist Enkelkind Neele Kasper, die 2019 ihr Studium bei der Polizei NRW begonnen hat.

Es ist das Verständnis für die Erlebnisse des anderen, das die Familienmitglieder aus Iserlohn prägt. Doch so gleich ihre Entscheidungen für die Polizei sind, so unterschiedlich waren ihre Wege dorthin – denn an den drei Generationen lässt sich auch die Entwicklung der Polizei NRW und ihrer Ausbildung ableiten.

Ein Zufall führte Hugo Flunkert zur Polizei. „Ursprünglich habe ich etwas ganz anderes gelernt“, erinnert sich Hugo Flunkert. Er war Klempner und Installateur in Holzwickede, schloss seine Ausbildung ab und kam durch einen großen Zufall mit der Polizei in Berührung. „Ein Nachbar hat mir damals erzählt, dass die Polizei weitere Verstärkung gebrauchen kann“, so Flunkert. Schnell war für ihn klar: Ich möchte einen neuen Weg einschlagen.

Also begann er im Mai 1959 seine Ausbildung bei der Polizei in Müns-

ter und Linnich, die damals noch anderthalb Jahre dauerte. Anschließend führte ihn sein Weg nach Schwerte und Iserlohn-Letmathe sowie zur Kripo Iserlohn, wo er als Hauptkommissar tätig war.

„Die Polizei war schon immer ein Teil meines Lebens“, sagt Flunkerts Tochter Monika Kasper. „Ich weiß noch ganz genau, wie ich mir als Kind die Wache anschauen durfte.“ Es sind Erfahrungen wie diese, die Kasper schon früh geprägt haben.

Polizei war für sie etwas ganz Normales, mit dem sie aufgewachsen ist. Kein Wunder also, dass sie nie einen anderen Wunsch hatte, als später bei der Polizei zu arbeiten. Dass sie neben diesem großen Wunsch nie eine Alternative durchdacht hatte, merkte Kasper am ersten Tag ihres Auswahlverfahrens.

Ausbildung bis 1995 für den mittleren Dienst. „Zum ersten Mal in meinem Leben dachte ich mir: Ich habe gar keinen Plan B. Was mache ich denn, wenn ich nicht

genommen werde?“, sagt Kasper. Doch glücklicherweise musste sie sich nie einen Gedanken über ihren Plan B machen. Im Oktober 1992 startete sie mit ihrer Ausbildung in Schloß Holte-Stukenbrock.

Zweieinhalb Jahre dauerte die Ausbildung von Monika Kasper. Für sie ging es im Anschluss in die Hundertschaft nach Wuppertal, ehe sie 1996 in den Märkischen Kreis wechselte. Nach dem erfolgreichen Aufstieg in den gehobenen sowie in den höheren Dienst ist sie seit Oktober 2020 als Leitung des Bereichs „Polizeiliches Krisenmanagement“ an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) tätig.

„Bei der Polizei kann man alles vereinbaren und man kann sich immer wieder verändern, wenn man hartnäckig und manchmal auch geduldig ist“, sagt Kasper. Egal ob im Streifendienst, im Büro, als Pilot, Bootsführer oder Pressesprecher: Die Polizei vereint ganz unterschied-

» Ursprünglich habe ich etwas ganz anderes gelernt.

Hugo Flunkert



Immer gut behütet war Hugo Flunkert mit den Polizeimützen aus mehreren Jahrzehnten.

NAMEN UND NACHRICHTEN

Duisburg/Bochum

Streifenpolizistin spricht mit der Bundeskanzlerin

Seit zwei Jahren ist der Duisburger Norden das Revier von Polizeikommissarin Patricia Scicolone. Ihren Streifendienst in der Wache Hamborn versieht die 26-Jährige im Früh-, Spät- und Nachtdienst.



Mächtig aufgeregt war die junge Polizistin mit italienischen Wurzeln, als sie die Einladung zum Dialog mit der Bundeskanzlerin erreichte. Angela Merkel traf in der Videokonferenz am späten Nachmittag des 30. November 2020 auf insgesamt zwölf Beamtinnen und Beamte. Für NRW war auch noch Polizeidirektor Peter Both, der Leiter der Bereitschaftspolizei/Polizei-sonderdienste in Bochum, mit dabei. Auf der Facebook-Seite der Bundesregierung und im Internet konnte der circa 90-minütige Dialog live verfolgt werden. Es ging unter anderem um die Corona-Pandemie, Sprachbarrieren und Videos in sozialen Netzwerken. ■
(Jonas Tepe)

liche Berufsfelder, in denen die Beschäftigten tätig sein können.

Die Mutter als Vorbild. All das hat Monika Kasper auch ihrer Tochter mit auf den Weg gegeben. „Für mich war es ganz normal, mit dem Thema Polizei aufzuwachsen“, sagt Neele, die sich gut erinnern kann, wie sie als Kind die Wache ihrer Mutter besuchen durfte. „Meine Mutter war und ist mein Vorbild, also wollte ich auch zur Polizei.“ Dabei hat Monika

Kasper durfte erstmals in der neunten Klasse Polizeiluft schnuppern. Beim Polizeipräsidium Bochum absolvierte sie ein zweiwöchiges Praktikum und konnte sich unterschiedliche Bereiche anschauen. „Das hat mir so viel Spaß gemacht, dass ich mir endgültig vorstellen konnte, Polizistin zu werden.“

Am liebsten hätte sie sofort bei der Polizei angefangen, doch sie musste sich noch bis nach ihrem Abitur ge-

dulden und entschied sich zusätzlich für ein Freiwilliges Soziales Jahr. 2019 startete sie

» Die Polizei war schon immer ein Teil meines Lebens.

Monika Kasper

Kasper ihrer Tochter nicht nur die positiven Seiten des Berufs geschildert, sondern auch von den Belastungen und Herausforderungen berichtet.

Neele sollte wissen, was sie bei der Polizei erwarten würde. Monika Kasper und ihr Mann wollten ihre Tochter weder intensiv bekräftigen, zur Polizei zu gehen, noch dagegen sprechen. Neele sollte ihre Entscheidung ganz allein treffen. Neele

in ihr Studium. „Wenn ich die Ausbildung damals mit heute vergleiche, sehe ich schon deutliche Unterschiede“, sagt Monika Kasper. Frontalunterricht mit viel Theorie im Klassenverband war zu jener Zeit der Standard, wenn es nicht gerade um die fachpraktische Ausbildung ging. „Was die Studenten heute lernen, finde ich beeindruckend.“ Immerhin hat sich im Laufe der Jahre viel getan in der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten.



Erinnerungsbild mit historischen Polizeimützen: Neele und Monika Kasper nehmen Hugo Flunkert in ihre Mitte.

Polizeiausbildung im Wandel. 1995 hat die Polizei NRW für den mittleren Dienst die Modulausbildung eingeführt: eine neu konzipierte, an den Bedürfnissen des Polizeivollzugsdienstes orientierte, integrative Ausbildung. Theorie und Training fanden dabei in einer Behörde statt. Hinzu kamen Praktika in den Polizeibehörden. Gleichzeitig stand die Praxis bei der Ausbildung viel mehr im Fokus als zuvor. Neben polizeilichem Grundwissen wurden an verschiedenen Leitthemen alle für die Einsatzsituation zu vermittelnden Ausbildungsinhalte in Unterweisungen, Rollenspielen und Übungen zusammengeführt und verknüpft. Durch die Umstellung auf die zweigeteilte Laufbahn erfolgte 2001 letztmals die Einstellung und Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst.

Nach vollständiger Einführung der zweigeteilten Laufbahn gibt es seit 2002 nur noch den Direkteinstieg in

» Meine Mutter war und ist mein Vorbild.

den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Die Ausbildung erfolgte zunächst im Diplomstudiengang mit fachwissenschaftlichen und fachpraktischen Studienabschnitten (Trainingspraktika) sowie dem Haupt- und Abschlusspraktikum. Seit 2008 erfolgt die Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst in zehn Einstellungs- und Ausbildungsbehörden in einem dreijährigen Bachelorstudiengang.

Das Bachelorstudium ist eine moderne Berufsausbildung mit einem hohen Praxisanteil, die auch die soziale und kommunikative Kompetenz stärkt. Dabei wird auf eine enge Verzahnung zwischen Theorie, Trai-



Drei Generationen beim Spaziergang in Polizeiuniform von damals und heute

ning und Praxis (sogenannter „Dreiklang“) gesetzt: Die Vermittlung der theoretischen Studieninhalte erfolgt durch die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV NRW) an zehn Standorten. Ein weiteres

wichtiges Element ist die sich stets wiederholende Abfolge der Ausbildungsabschnitte. Das an der HSPV

NRW erlernte Theoriewissen wird beim LAFP NRW in realitätsnahen Rollenspielen und Übungsszenarien trainiert und im weiteren Verlauf im Praktikumseinsatz in den Polizeibehörden angewandt. Diese Form des „Dreiklangs“ hat sich in den vergangenen Jahren umfassend bewährt.

Brüder wollen es Neele nachmachen. Auch wenn sich die Ausbildung in den vergangenen Jahrzehnten stark weiterentwickelt hat, so können die Familienmitglieder noch gut nachvollziehen, was ein Einsatz mit einem macht und wie sich der andere fühlt. „Nach meinem ersten Spätdienst ist meine Mutter extra wachgeblieben, um zu hören, wie es

bei mir gelaufen ist“, erinnert sich Neele Kasper, die aktuell ihr Praktikum beim Polizeipräsidium Bochum absolviert. „So kann man besser verarbeiten, was man erlebt hat und was in einem vorgeht.“

Gleichzeitig ist Monika Kasper sicher, dass der Polizeiberuf den eigenen Charakter prägt. So musste sie unter anderem Eltern mitteilen, dass deren Kind tödlich verunglückt ist, und erlebte ihr Leid hautnah mit. „Der Beruf hat mich Dankbarkeit und Demut gelehrt, weil ich immer wieder Schicksale miterlebt habe, von denen wir verschont geblieben sind.“

Kein Wunder also, dass schon die nächsten Familienmitglieder gerne bei der Polizei arbeiten möchten. Lasse und Finn würden es ihrer Schwester Neele gerne nachmachen, doch sie müssen sich noch etwas gedulden. Aber es sieht danach aus, als ob die Polizei NRW noch weiteren Zuwachs aus dem Hause Kasper bekommt.

MARIO BARTLEWSKI



Dominik Thiele wäscht die Autos der Kreispolizeibehörde Rhein-Sieg im Rahmen eines Schülerpraktikums.

SIEGBURG

COOLER TYP IM WAGENSERVICE

Seit vergangenem August macht Dominik Thiele aus Bonn ein Jahrespraktikum bei der Kreispolizeibehörde Rhein-Sieg in Siegburg. Der Schüler arbeitet mit sechs Kollegen im Team ZA 3.2, das sich um die Pflege der Kraftwagen, Waffen und Geräte kümmert. Dominik, der das Down-Syndrom hat, ist für die Wäsche der Autos zuständig. „Er ist ein cooler Typ und macht das super“, erzählt Janine Roßbach, die Sachgebietsleiterin.

Auch Dominik gefällt das, was er macht. Beim Vorstellungsgespräch kurz vor den Sommerferien war er noch ziemlich aufgeregt. Aber die Eltern haben ihm Mut gemacht. Und dann passte alles gleich. Die Kollegen seien sehr nett zu ihm, sagt Dominik. Jeden Mittwoch fährt er morgens 50 Minuten mit der Bahn der Linie 66 vom Bonner Stadtteil Oberkassel allein nach Siegburg. Rund zehn Minuten geht er dann zu Fuß, bis er die Kreispolizeibehörde erreicht hat. Um 9 Uhr fängt er an. Um 14 Uhr ist der Dienst beendet.

An den übrigen Tagen besucht er noch bis Mitte des Jahres die Drachenfelschule im nahen Oberdellendorf, eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen. Dominik ist pffiffig, kann lesen und um die Ecke denken. Seine Mutter Andrea, eine Konzertsängerin, staunt „immer wieder, was er alles so draufhat“. Auch Janine Roßbach, seine 40 Jahre alte Chefin bei der Polizei, ist sehr zufrieden: „Ich bin sehr pingelig. Mir ist es lieber, er macht einen Wagen gründlich sauber als fünf nur oberflächlich. Das hat er sofort verstanden.“

Die Behörde engagiert sich bei der Integration von behinderten Menschen. Janine Roßbach und ihren Kollegen fällt es nicht schwer, auf den Jungen einzugehen. „Ein Dreigestirn hält unsere Autos in Schuss und Dominik ist mittendrin“, berichtet die ZA-Bedienstete fröhlich.

Der 16-Jährige, bei dem aufgrund einer Genommutation das Chromosom 21 dreimal statt zweimal vorkommt, freut sich jedes Mal auf die Aufgaben, die in Siegburg auf ihn

warten. Auch wenn die Fahrzeuge schon mal ganz schön schmutzig sein können. Das irritiere ihn nicht weiter, stellt die Mutter fest. „Er ist hart im Nehmen.“

Nach dem Job habe er immer richtig Hunger, strahlt Dominik. Bevor er wieder nach Hause fährt, holt er sich gern noch ein Sandwich mit Chicken Teryaki im nächsten Laden. Die scharfe Sauce gefällt ihm besonders gut.

Geboren ist Dominik in Los Angeles. Insgesamt 13 Jahre haben seine Eltern in den Vereinigten Staaten gelebt. Die vier Kinder – Dominik ist der Zweitjüngste – kamen alle in den USA zur Welt. Mutter Andrea, die aus Niederbayern stammt, spielte dort in verschiedenen Orchestern. Vater Christoph, ein Hesse aus Darmstadt, arbeitete als Professor für Mathematik an der University of California. Inzwischen besitzt er eine Professur an der Bonner Universität. 2012 sind die Thieles nach Deutschland zurückgekehrt. Ihre Wahlheimat Kalifornien besucht die Familie noch oft. Dominik mag die Strände dort.

Zu Hause wird viel musiziert. Mutter und Tochter an der Harfe, Vater und Söhne am Klavier. Dominik spielte in den zurückliegenden Wochen einfühlsam bekannte Weihnachtslieder. Ihm gefallen aber auch Stücke von Bach oder Beethoven. Der StarWars-Fan liebt zudem Strategiespiele, Gärtnern, Badminton und Fußball. Bei der Bananenflanke Bonn, einem Fußballverein für geistig be-



Der 16-Jährige würde auch in Zukunft gern für die Polizei arbeiten.

einträchtige Kinder und Jugendliche, kickt er bei Turnieren mit.

Die Eltern wünschen sich, dass Dominik nach Ende der Schulzeit in ein paar Monaten eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt findet.

Vielleicht bei der Polizei, wo es gerade so gut klappt. Das wäre Dominiks Traum. Derzeit prüft die Behörde, in welchem Rahmen dies möglich sein könnte.

IRIS WÜSTER/THOMAS ZORN

DÜSSELDORF

SPURENSUCHE IN DER VERGANGENHEIT

Schon früh begeisterten den Düsseldorfer Dirk Sauerborn die Romane von Walter Kempowski. Der setzte die eigene Familiengeschichte wie ein Puzzle zu Zeitgemälden zusammen. Dass die Vergangenheit in die Gegenwart hineinragt, davon ist der Polizeihauptkommissar überzeugt.



Fotos: Tim Wegener

Polizeihauptkommissar Dirk Sauerborn interessiert sich leidenschaftlich für neuere Geschichte.

Das Interesse, Historisches mit Aktuellem zu verbinden, treibt den Rheinländer privat wie beruflich um. Seit 2012 ist er Kontaktbeamter zu muslimischen Institutionen und Ansprechpartner für Interkulturelles im alten Polizeipräsidium Düsseldorf. Bei seiner leidenschaftlichen Spurensuche spart er die dunkle Seite der Polizeigeschichte nicht aus.

„Der Ort, an dem ich schon lange in unterschiedlichen Funktionen tätig

bin, gibt mir immer wieder Anstöße, über die NS-Vergangenheit nachzudenken“, sagt der 60-Jährige.

In dem in der Weimarer Republik begonnenen und im Winter 1933/34 fertiggestellten Gebäude sind Menschen gequält und von dort in Vernichtungslager deportiert worden. „Es ist eine Katastrophe, wenn Polizisten Unrecht schützen und begehen“, stellt Dirk Sauerborn fest. Er macht sich für eine Erinnerungskultur stark, die Relikte aus der NS-Zeit nicht einfach schleift – auch nicht

im alten Polizeipräsidium. „Das löst das Problem nicht“, meint er. „Was passiert ist, kann man nicht entsorgen. Man muss sich mit den Verbrechen auseinandersetzen.“

Der belastete Bau wird gerade von Grund auf modernisiert. Sauerborn setzt auf Zusagen, dass die Thematisierung der NS-Hypothek durch seinen Kollegen Klaus Dönecke, der hier viele Jahre polizeihistorisch gewirkt hat, erhalten bleibt. Ihm gefallen die Lösungen, die der Polizist und Künstler Anatol Herzfeld in den

80er Jahren gefunden hat. Bei einem Rundgang weist er darauf hin, dass der Beuys-Schüler den martialisches Reichsadler an der Gebäudeecke zum Jürgensplatz mit einem vorgeblendeten Dreieck und dem Verfassungsleitsatz „Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich“ unschädlich gemacht habe.

Auch die Eingangshalle mit dem riesigen aggressiven Wappentier und dem „anmaßenden Spruch ‚Gott mit uns‘“ habe Anatol mit einer „Wächter-Skulptur“ eingehegt. „Die ist im Zuge der Sanierung versetzt worden. Ich fände es schön, wenn auch künftig wieder eine Metallfigur von ihm das monströse Mosaik im Blick behält und auf die Leute achtet“, regt der Hauptkommissar an.

Dann zeigt er auf die Rotunde darüber, auf der 463 schwarz unterlegte Straßennamen zu sehen sind. „Das sind die Düsseldorfer Tatorte der Pogromnacht vom 9. November 1938, als jüdische Bürger drangsaliert, gebrandschatzt und ermordet wurden.“ Wenn er die „kalte Bürokraten-sprache“ der Einsatzbefehle lese, mit der den Polizisten aufgetragen wurde, nur gegen Plünderer vorzugehen, nicht aber gegen die Anstifter, werde ihm ganz mulmig, bekennt Sauerborn. Wie sich wohl damals die Beamten gefühlt hätten, die ihr eigenes Berufsethos verrieten? Es empört ihn, dass es heute wieder Polizisten gibt, die braune Parolen austauschen und gewaltverherrlichende Bilder posten.

Fasziniert war der Vater von zwei Töchtern von dem Theaterstück „Aktion: Aktion!“, das vor einigen Monaten direkt vor dem alten Polizeipräsidium von einem Theaterkollektiv aufgeführt wurde. Es zeigt, wie der „stramme Nazi“ Franz Jürgens, Kommandeur der

Düsseldorfer Schutzpolizei, zum Widerstand stieß und die kampflöse Übergabe der Stadt an die Amerikaner ermöglichte. Er bezahlte dafür am 17. April 1945 – wenige Stunden vor dem Einmarsch der Alliierten – mit dem Leben. Jürgens Wandlung ist für den Polizeihauptkommissar noch immer ein Rätsel wie manches in der Geschichte. „Man sieht daran aber, dass jeder zur Humanität zurückfinden kann“, sagt er.

Der engagierte Sportler (Radfahren, Tischtennis) führt regelmäßig Gruppen durch das denkmalgeschützte PP – darunter viele Migranten. Etliche erzählen dann, wie sie in ihrer Heimat unterdrückt wurden und warum sie nach Deutschland geflohen sind. „Unser Land hat sich verändert“, konstatiert der Kontaktbeamte. „Gott sei Dank.“

THOMAS ZORN



Der Düsseldorfer wünscht sich, dass im alten Polizeipräsidium der Stadt der monströse NS-Reichsadler bald wieder von einer Figur des Künstlers Anatol Herzfeld bewacht wird.

JOHANNES HERMANN**NEUER LANDES-
KRIMINALDIREKTOR**

Johannes Hermanns ist neuer Landeskriminaldirektor im Innenministerium. Der 57-Jährige trat sein Amt am 1. Dezember 2020 an. „Johannes Hermanns ist ein erfahrener Kriminalist, der mit seiner Führungserfahrung und seinen analytischen Fähigkeiten eine ideale Besetzung ist“, sagt Innenminister Reul. „Johannes Hermanns wird die Digitalisierung in der Kriminalpolizei weiter vorantreiben. Zugleich steht er für Kontinuität in der Kriminalitätsbekämpfung.“



Zuletzt leitete Hermanns das Referat Organisierte Kriminalität, Clankriminalität, Wirtschafts- und Umweltkriminalität und Allgemeine Kriminalitätsangelegenheiten im Innenministerium. Geboren in Geilenkirchen, begann Hermanns seine Laufbahn als Streifenpolizist in der Düsseldorfer Altstadt, dann wechselte er als Wirtschaftskriminalist

nach Köln. 13 Jahre lang leitete er die Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität beim LKA in Düsseldorf, anschließend war er fünf Jahre lang Chef der Kriminalpolizei in Mettmann.

DIETER SCHÜRMAN**CHEF-KRIMINALIST
VERABSCHIEDET**

44 Jahre als Kriminalbeamter im Dienst der nordrhein-westfälischen Polizei. Viele können sich gar nicht mehr vorstellen, dass es eine Zeit ohne Dieter Schürmann bei der Kriminalpolizei gab. Jetzt gibt es sie. Am 30. November 2020 wurde er durch Innenminister Reul aus seinem Amt als Landeskriminaldirektor verabschiedet. Seit 2010 war Dieter Schürmann in diesem Amt direkter Berater des Ministers in allen Fragen der präventiven und repressiven Kriminalitätsbekämpfung.



Dieter Schürmann begann seine Laufbahn 1976 bei der Polizei, 1990 wechselte er in den höheren Dienst. 2005 folgte der Ruf ins Innenministerium.

Auch nach seiner Verabschiedung als Landeskriminaldirektor bleibt Dieter Schürmann im Innenministerium noch einige Zeit aktiv. Er wird seine Erfahrung unter anderem in Projekte der Sicherheitsforschung einbringen.

FALK SCHNABEL**NEUER POLIZEIPRÄSIDENT IN MÜNSTER KOMMT
VON DER STAATSANWALTSCHAFT DÜSSELDORF**

Falk Schnabel trat am 1. Dezember 2020 seine neue Stelle als Polizeipräsident in Münster an. Innenminister Herbert Reul hatte dem Landeskabinett den 51 Jahre alten Juristen vorgeschlagen – und er wurde bestätigt. „Falk Schnabel ist nicht nur ein Verwaltungsprofi, sondern einer, der sich zudem in jedem Feld der Kriminalität bestens auskennt. Er wird viel Gutes in Münster bewirken“, sagte Reul. Zuletzt leitete Schnabel die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf, zuvor war er Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft in Hamm. „Ich freue mich auf die neue Herausforderung in meiner Heimatstadt Münster. Die Stadt ist eine der lebenswertesten Deutschlands und ich will meinen Beitrag dazu leisten, dass dies auch so bleibt. Da geht es nicht nur um objektive Sicherheit, sondern auch um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger“, bekannte Schnabel zu seinem Amtsantritt.

Falk Schnabel begann seine Laufbahn 2001 bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld, wo er im September 2004 auch seine erste Planstelle erhielt und für Wirtschaftsstrafsachen eingesetzt wurde. 2006 wechselte er in die Strafrechtsabteilung des Justizministeriums. Ab 2012 leitete er die Gruppe „Ökonomie im Gesundheitswesen, Maßregelvollzug“ im Gesundheitsministerium. 2016 folgte seine Ernennung zum Leitenden Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Hamm. Seit 2017 schließlich leitete der Jurist die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf.



AACHEN

GEISTIGE BERUFUNG

„Wie kann so etwas passieren?“ – „Ich bin fassungslos und erschüttert!“ –
 „Das ist unvorstellbar!“ – „Ich bin entsetzt und schockiert.“ – „Einfach nur wütend!“ –
 „Das ist beschämend.“ – „Wir sind doch die Guten.“ – „Wir haben doch einen Eid auf
 unsere Verfassung geschworen.“ – „Warum hat das keiner gemerkt?“

Das sind nur ein paar der spontanen Kommentare und Fragen, die ich bei Gesprächen als Polizeiseelsorger bei meinen Besuchen auf den Wachen und den Kommissariaten und auch mit Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtlern gehört habe. Sie lassen eine klare und differenzierte Haltung erkennen. Nach dem ersten Entsetzen waren sich alle darüber einig: Dieses Fehlverhalten von Kolleginnen und Kollegen ist nicht zu entschuldigen. Mehr noch: Gegen die betreffenden Beamten wird jetzt ermittelt – und das zu Recht! Zudem wurde die Frage aufgeworfen: „Welche Strukturen und Faktoren begünstigen eine Radikalisierung und was können wir gegen Rechtsextremismus in der Polizei tun?“

Hier ein Antwortversuch: Der Polizeiberuf ist auch eine geistige Berufung, deren regelmäßige Pflege die Resilienzbildung stärkt. Eine Pflege der geistigen Berufung meint die permanente und regelmäßige psychische Hygiene und Stärkung der inneren Widerstandskraft.

Voraussetzung dafür ist, schon beim Auswahlverfahren darauf acht zu geben, dass bestimmte Persönlichkeitsmerkmale (z. B. autoritäre Machtvorstellungen oder Fremden-



Manfred Kappertz ist Polizeiseelsorger in den Polizeibehörden Aachen und Düren. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

feindlichkeit) Ausschlusskriterien sind.

Nach Abschluss und Ernennung erfolgt dann zunächst der Einsatz in den Wachen. In ihrem alltäglichen Dienst werden die Polizeibeamtinnen und -beamten dann mit den unterschiedlichsten Situationen und Anforderungen konfrontiert. Sie müssen mit Tätern und Opfern, Aggressiven und Hilfesuchenden, jungen und alten Menschen ebenso professionell wie empathisch umgehen. Dabei werden sie mit den Schattenseiten der Gesellschaft konfrontiert – und genau das führt

zu einer Veränderung ihres Weltbilds.

Mit dieser Veränderung, die auch Polizistinnen und Polizisten betrifft, die schon jahrzehntelang im Dienst sind, besteht die Gefahr, dass sich Einstellungs- und Verhaltensmuster negativ verändern.

Eine Gesinnungsveränderung ereignet sich aber nicht von heute auf morgen – es ist ein schleichender Prozess, dessen Wahrnehmung eine Herausforderung für die Führungskräfte darstellt. Sie müssen eine Sensibilität und ein Bewusstsein dafür haben, wann Ausgrenzung

und Abwertung beginnen, und sofort reagieren und das Gespräch suchen.

Zu guter Letzt: Supervision und Debriefing-Gespräche sollten beständige und nachhaltige Fortbildungsinstrumente sein, damit die Resilienzfaktoren Kohärenz (Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns) und Selbstwirksamkeit (auch in schwierigen Situationen Lösungen suchen und nicht aufgeben) gestärkt werden und so eine innere Widerstandskraft gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei entsteht.

MANFRED KAPPERTZ



Dirk Sauerborn, Polizeihauptkommissar und Kontaktbeamter zu muslimischen Institutionen sowie Ansprechpartner für Interkulturelles im Polizeipräsidium Düsseldorf

Foto: Tim Wegner

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen